Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang · Sonnabend, 18. September 1920 · Nummer 390 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8 a 9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4519 4603, 4635, 4649, 4821.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die deutsche Arbeiterschaft!

Der Krieg Polens gegen Rußland geht weiter. Also ist es auch weiter Eure Aufgabe, jeden neutralitätswidrigen Transport von Waffen und Munition, der Deutschland passiert, anzuhalten. Die Neutralität Deutschlands muß strengstens gewahrt bleiben. Auch Transporte für die heimlichen Organisationen der Reaktion (Einwohnerwehr, Orgesch usw.) sind festzuhalten, mag es sich um große Sendungen oder um kleine Waffen- und Munitionsmengen handeln.

Die Transportkontrolle wird auf der Eisenbahn durch die Eisenbahner, in den Häfen durch die Transportarbeiter ausgeübt, überall im Einvernehmen mit den von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter eingesetzten Kommissionen, die hinter den Eisenbahnern und Transportarbeitern stehen. Diese haben jeden neutralitäts- und gesetzwidrigen Transport festzuhalten. Die gesamte übrige Arbeiterschaft hat dafür zu sorgen, daß die zu beanstandenden Transporte garnicht erst der Eisenbahn zum Transport übergeben werden.

Arbeiter! Laßt Euch durch nichts irremachen! Schützt weiter und noch schärfer als bisher die Neutralität Deutschlands! Bekämpft weiter und noch energischer als bisher die Bewaffnung der Reaktion!

Nicht auf die Regierung, nur auf Euch selbst verlaßt Euch und haltet überall die Augen auf!

Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund:
Graßmann.

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Wels.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Rosenfeld.

Für den Deutschen Eisenbahner-Verband:
Brunner.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband:
Bender.

Für den Eisenbahn-Betriebsrat:
Mietz.

Reaktionäre Umtriebe in Bayern

Aus Bayern, dem Orgesch-Lande, kommen wieder Nachrichten, die auf eine Verstärkung der monarchistischen, konterrevolutionären Bewegung hinweisen. Diese Bewegung geht Hand in Hand mit der mit französischer Hilfe betriebenen Loslösungsbewegung vom Reiche. Der „Täglichen Rundschau" wird darüber von unterrichteter Seite berichtet:

„Organisiert wird die separistische Bewegung durch die politische Propagandaabteilung beim französischen Ministerpräsidium, die sich „Union d'expansion nationale" nennt. Der französische Gesandte in München, Dard, hat bedeutende Kredite zur Verfügung erhalten und hofft Unterstützung zu finden. Die Mitglieder der französischen Militärmission in München haben vom französischen Ministerpräsidium geheime Instruktionen zur Organisierung von Propagandamittelpunkten im bayerischen Hochadel und im bayerischen Bürgertum erhalten. Bestimmte Salons in München sollen diesem Zwecke dienstbar gemacht werden. Zur Erreichung ihres Zieles spielen die Franzosen die spartakistische Gefahr in Norddeutschland aus. Sie hoffen damit durchzusetzen, daß der Adel und ein Teil der Bürger und mittleren Grundbesitzer Bayerns der Trennung vom Reiche zustimmen und sich mit einer militärischen Besetzung durch Frankreich zur Verteidigung gegen den Bolschewismus einverstanden erklären. Man will dann unter französischem Protektorat einen unabhängigen Föderativstaat errichten, dem Bayern mit Franken, die Pfalz, die Rheinlande und Luxemburg, vielleicht auch Oesterreich angehören würden. Zur „Belohnung" soll der Anteil Bayerns an der deutschen Kriegsschuld bedeutend herabgemindert werden."

Aus den weiteren Mitteilungen der „T. R." ist noch hervorzuheben, daß die Träger dieser Propaganda eine Anzahl hochfeudaler Herrschaften (Gräfin Hollerstein und Sohn, Baronin Stackelberg u. a.) sind, die mit dem französischen und russischen Adel versippt und verschwägert sind und sowohl mit dem Chef der französischen Propaganda in der Schweiz, Graf Martinprey, wie mit dem Generalstab Wrangels in enger Fühlung stehen. Es ist also das alte bekannte Bild: der durch keine nationalen Interessen beschwerte internationale Feudaladel im Dienste der internationalen Reaktion, der mit heuchlerischen Worten über die Wahrung der „heiligsten nationalen Güter" im Interesse seiner Machterhaltung bereit ist, ärgsten Landesverrat zu begehen und gemeinsam mit dem gestern bis aufs Messer bekämpften „Erbfeind" die Interessen des Volkes zu verraten.

In der Richtung dieser landesverräterischen Politik der Reaktion liegt all das, was in den letzten Monaten die Politik Bayerns kennzeichnete: das immer frechere Treiben der Regierung Kahr, die Konzentration aller Führer der militärischen Konterrevolution in Bayern, der Ausbau der Orgesch, die ihr Netz von Bayern aus über da sganze Reich spannt, endlich das behördliche Bestreben, sich die französische Erlaubnis zur Erhaltung der Einwohnerwehren zu verschaffen. Die offiziöse Korrespondenz Hoffmann berichtet darüber:

„Die „Bayerische Staatszeitung" übernimmt eine Meldung der Pariser „Humanite", wonach der General von Mey, der militärische Adlatus des französischen Gesandten in München erklärt habe, daß die französische Regierung gegen den Fortbestand der bayerischen Einwohnerwehren nichts einzuwenden habe."

Da die „Bayerische Staatszeitung" als amtliches Organ der Regierung diese Meldung kommentarlos wiedergibt, erscheint das Einverständnis der Regierung Kahr mit den Franzosen sehr naheliegend. Noch bemerkenswerter aber ist die Meldung, die der „Vorwärts" an leitender Stelle wiedergibt:

„Die sozialdemokratische Partei in Bayern erhielt von verschiedenen Seiten aus einer Reihe von Einwohnerwehren die Mitteilung, daß anläßlich des in München am 25. September stattfindenden Landesschießens der Einwohnerwehren Bayerns der Kronprinz Rupprecht als König in Bayern ausgerufen werden solle. Es sei Vorsorge getroffen worden, daß die Reichswehr keinerlei Schwierigkeiten bereiten werde."

Diese Meldung ist die logische Konsequenz der oben geschilderten reaktionären Treibereien in Bayern. Geleitet vom Hochadel, genährt von den Franzosen, gestützt auf die Einwohnerwehren und die Orgesch-Leute, geht die monarchistische Gegenrevolution in Bayern geradewegs auf ihr Ziel los — um selbst um den Preis der Zereißung Deutschlands — einen Stützpunkt für die Vernichtung der Republik und die Aufrichtung der Monarchie im Deutschen Reiche zu schaffen.

Herr von Kahr spricht

Bamberg, 17. September.

Anläßlich der Landestagung der Bayerischen Volkspartei in Bamberg hat Ministerpräsident von Kahr eine längere Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Innere und äußere Feinde, vor allem auch Feinde des Reichs sind emsig an der Minierarbeit, immer wieder den Teufel der Felonie und der separatistischen Bestrebungen Bayerns an die Wand zu malen. Wenn ich dazu ein Wort sagen darf, so kann es zunächst nur die Wiederholung meines freudigen und rückhaltlosen Bekenntnisses zum einigen Deutschen Reiche sein, wie ich es bereits an anderer Stelle abgelegt habe. Wir wollen gute Bayern und gute Deutsche sein, in guten wie in bösen Tagen. Ebenso fest, wie meine Treue zum Reich steht auch meine Ueberzeugung, daß das Reich nur föderalistisch sein kann, oder es ist überhaupt nicht. Föderalismus ist nicht gleichbedeutend mit Partikularismus und bedeutet keine Schwächung des Reiches. Wir verlangen den föderalistischen Aufbau des Reiches in allererster Linie, weil wir darin eine Lebensnotwendigkeit für das Reich sehen, im Interesse des Reiches, und wenn diese Forderung in Bayern mit besonderer Zähigkeit erhoben wird, so sehe ich darin den Beweis dafür, daß die Sorge für das Reich in Bayern wieder lebendiger ist, und daß das Reich in Bayern seine besten und treuesten Söhne hat. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit, und Unwahrheit bleibt Unwahrheit, auch wenn man sie recht oft wiederholt. Es widerstrebt uns, auf derartige Fälschungen immer wieder die Reichstreue der bayerischen Regierung zu versichern. Unter anständigen Menschen genügt das Manneswort. Von Wichtigkeit aber ist, wie der Außenminister des Reiches mir wiederholt und noch in allerjüngster Zeit versichert hat, daß er auf die Reichstreue der bayerischen Regierung rückhaltlos vertraue.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen sind im wesentlichen beendet. Die finnländische Delegation ist der Ansicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages in allernächster Zeit stattfinden müsse.

Die Einheit der Gewerkschaften

Von Richard Seidel.

Das Bekenntnis zur Zerstörung der Gewerkschaftsinternationale und zur Spaltung der Gewerkschaften ist der wichtigste Inhalt des zweiten Artikels von Richard Müller. Während er den Willen zum Kampf gegen die Amsterdamer Internationale mit dem Ziel ihrer Zerstörung offen bekundet, fügt er allerdings hinzu, er vermöge nicht zu glauben, daß daraus eine Spaltung der nationalen Organisationen entstehen könne.

Nun ist das aber leider keine Angelegenheit des Glaubens, sondern der inneren Logik, die die Dinge meistens anders treibt, als guter Glaube — oder böser Wille — sie glauben deichseln zu können. Wer die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Welt in den letzten Jahren unvoreingenommen beobachtet hat, der wird erkennen, daß ihre Wirkungsmöglichkeiten mehr und mehr abhängig waren von der Stärke ihrer internationalen Verbindungen. Gerade für die wichtigsten Arbeiterkategorien trifft das am meisten zu. Man betrachte die außerordentlich weittragenden Beschlüsse des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf. Kein einziger dieser Beschlüsse ist durchführbar in nationalem Rahmen, sie alle erfordern inniges Zusammenwirken der Bergarbeiter aller Länder. Nehmen wir nun den Fall, es gelänge, den deutschen Bergarbeiterverband für die dritte Internationale zu gewinnen, so würde das seine Loslösung vom Zentrum seiner Kraft, von der geschlossenen Bergarbeiterinternationale und — vor allem — von der englischen Bergarbeiterbewegung bedeuten. Glaubt Müller, es werde gelingen, die englischen Bergarbeiter davon zu überzeugen, daß der alte Smillie ein „Gelber" ist, den man ausstoßen müsse, um den deutschen Bergarbeitern zur dritten Internationale folgen zu können? Oder nimmt er an, daß diejenigen deutschen Bergarbeiter, die mit einer Zerstörung ihrer Internationale nicht einverstanden sind, einer solchen Entwicklung ruhig und tatenlos zuschauen werden? Sie müßten sofort einen neuen deutschen Verband gründen, um wiederum Verbindung mit den maßgebenden Kohlenländern der Welt zu suchen. Dann wären allerdings sie, die „Opportunisten", die Urheber der Spaltung, wird man antworten. Selbst wenn das richtig wäre, was ich noch bestreite, so wäre es ein billiger Triumph, der die Tatsache der Spaltung nicht aus der Welt zu schaffen vermag. Es kommt auch gar nicht darauf an, wer schließlich den letzten Anstoß zur Spaltung gibt, sondern es ist nachzuweisen, daß sich die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf die nationalen Verbände übertragen wird. Ich bin keinen Augenblick im Zweifel, daß diese innere Logik der Dinge stärker sein wird, als der Glaube Müllers.

Ich habe beim Lesen seiner Ausführungen auch das Gefühl, daß er sich selber dieser Einsicht gar nicht verschließt. Er meint, Ziel und Wesen der Gewerkschaften sollten höher stehen, als die Form, und gibt zu verstehen, daß die Form zerschlagen werden könne, wenn Ziel und Wesen der Bewegung, wie die Kommunisten beides auffassen, leiden. Das sei eine „Selbstverständlichkeit", die nur der bestreiten könne, „der die Organisationsform höher stellt als die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes". So gedreht ist das eine Verschiebung der Frage. Nicht um Organisationsformen handelt es sich, sondern um die Einheit der Organisationen. Daß das zwei unendlich verschiedene Dinge sind, wird jedermann zugeben, dem es nicht darauf ankommt, mir und den Genossen, die gleicher Meinung sind, etwas zu unterstellen. Im übrigen bleibt zu beweisen, daß die Zerstörung der Einheit — oder Form, wenn Müller absolut beides gleichsetzen will — der Bewegung jemals eine Notwendigkeit oder gar eine Förderung des proletarischen Klassenkampfes sein kann. Mir steht allerdings die Einheit der Bewegung, nicht ihre Form, außerordentlich hoch. Der sehr einsichtigen Bemerkung Sinowjews, die Müller zitiert, stimme ich deswegen vollkommen zu, nur finde ich, daß sie in den Forderungen und Leitsätzen der Kommunisten leider keine praktische Anwendung gefunden hat.

Müller beruft sich auf unser Aktionsprogramm und erklärt danach, zur Eroberung der politischen Macht bedürfe das Proletariat der politischen Partei und der Gewerkschaften und des Rätesystems. Er fügt hinzu, daß damit nur revolutionäre Gewerkschaften gemeint sind. Mit den jetzt bestehenden wolle weder die U. S. P. noch die dritte Internationale „etwas zu tun haben".

Ist man aber davon überzeugt, daß man zur Eroberung der politischen Macht, also zur erfolgreichen Führung entscheidender politischer Kämpfe die Partei und die Gewerkschaften braucht, so muß man entweder die Gewerkschaften so nehmen wie sie sind oder man muß in der Tat die politischen Kämpfe vertagen, „bis die Gewerkschaften revolutionär geworden sind", was Müller mit Recht ablehnt.

Die Frage ist also, wie kann das revolutionäre Proletariat die Gewerkschaften in den Dienst des Klassenkampfes stellen? Kann das geschehen, indem „kommunistische Zellen" aufgetan werden, die sich der Organisationsleitung „bemächtigen" sollen?

Bewegt sich diese Arbeit in den Bahnen der bisherigen Verrevolutionierung der Gewerkschaften „von innen heraus",

wogegen ich gewiß nichts einzuwenden habe, so ist das ein langer Prozeß, auf den man, wie Müller sagt, nicht warten kann. Führt die Zellenbildung zur Loslösung einzelner Gruppen, was ich fürchte, so wird der Einfluß der revolutionären Gewerkschafter auf die organisierten Massen nur geringer und das Ziel rückt in weitere Ferne.

Also bleibt für meinen einfachen Verstand nur eins. Wir haben als Einzelne die Pflicht, den Revolutionierungsprozeß energisch fortzusetzen, die Partei des revolutionären Proletariats aber muß in kritischer politischer Situation an die Leitung der Gewerkschaften herantreten und sie zum gemeinsamen Handeln auffordern. Ist die Situation erfolgversprechend und das Proletariat in revolutionärer Bewegung, dann ist es keiner Gewerkschaftsleitung möglich, sich dieser Pflicht zu entziehen, mag sie Legien oder Müller heißen. Dann hat man erstens wohl oder übel mit den Gewerkschaften „etwas zu tun", und zweitens muß man sie dann „als gleichberechtigte Faktoren zur Führung politischer Kämpfe anerkennen", denn wenn die Gewerkschaften mit gleicher Verantwortung mittun sollen, so werden sie auch gleiches Recht zur Mitbestimmung fordern. Verweigern wir ihnen das, so geben wir ihnen nur einen — vielleicht erwünschten — Grund, allein oder gar nicht zu handeln. An der Geschicklichkeit und politischen Begabung der Parteiführer wird es liegen, daß sie in der gemeinsamen Leitung die geistige Führung behalten. Haben wir dieses Ziel im Auge, so haben wir auch die Pflicht, die Gewerkschaften mit aller Macht vor der Gefahr der Spaltung zu bewahren, denn was ist mit Organisationssplittern noch anzufangen.

Wenn das „Opportunismus" ist, wie mir Müller nachsagt, so will ich gern ein Opportunist sein. Weiß ich doch, daß revolutionäre Massenbewegungen nur auf diese Art möglich sind. Will man dagegen den Putsch der kleinen energischen Minderheit, der uns in Deutschland schon einige Niederlagen eingetragen hat, so soll man es anders machen. Nur diese Alternative ist möglich.

Zur Rätefrage übergehend, sagt Müller, er habe nie die Räte über die Partei stellen wollen, nur das Rätesystem sei ein „überparteiliches Gebilde". Das verstünde ich nicht zu trennen. Wenn ich nicht sehr irre, so wird doch das Rätesystem durch die Räte gebildet. Wenn aber, erklärt Müller weiter, bei Gelegenheit des Kapp-Putsches gefordert worden sei, die Entscheidung sei in die Hände der Vollversammlung der Räte zu legen, „dann legten wir sie damit de facto in die Hände der Partei, da ja diese durch ihre Funktionäre die Vollversammlung beherrscht. Wenn der Genosse Seidel darin den Versuch erblickt, „die Partei ins Schlepptau der Räte zu nehmen", so kann das höchstens auf die oberen Parteiinstanzen zutreffen, die es versäumten, die praktischen Konsequenzen aus unserem Aktionsprogramm zu ziehen."

Bisher wurde die Partei allerdings repräsentiert durch die „oberen Parteiinstanzen". Und die Anhänger der Bedingungen und Organisationsformen der dritten Internationale sollten am wenigsten etwas gegen „Instanzen" sagen, denn gerade durch die Anerkennung der Moskauer Formeln würden das Instanzenwesen und die Instanzenmacht zu neuer, unerhörter Blüte geführt werden. Im übrigen kann ich mir aus dem Geständnis Müllers nur folgenden Vers machen: Glauben wir, die Räte in der Hand zu haben, und paßt uns die Haltung der Parteileitung nicht, so fordern wir das Recht der Entscheidung für die Räte. Im anderen Falle werden wir die Räte gerne durch die Partei „geistig beherrschen und leiten" lassen. Eine gleiche Taktik kann ich mir gegenüber den Gewerkschaften vorstellen: Solange uns die Gewerkschaften nicht behagen, sind wir für eine selbständige Räteorganisation, weil wir hoffen dürfen, sie in die Hand zu bekommen. Haben wir uns aber der Gewerkschaften „bemächtigt", so können wir auch umgekehrt, falls etwa die selbständigen Räte uns nicht zu willen sein sollten. Das wäre die Konsequenz der Taktik, die Müller im Falle des Kapp-Putsches gern angewandt gesehen hätte.

Wenn diese „Prinzipienfestigkeit" als Legitimation für Moskau gelten kann, so wünsche ich der 3. Internationale Glück zu ihrem Zuwachs.

Die englischen Kohlenarbeiter

Es ist möglich, daß der Konflikt im englischen Kohlenbergbau, falls es wirklich zum Streik kommt, auch allgemeine wirtschaftliche und politische Bedeutung gewinnt. Die gegenwärtigen Forderungen der Bergarbeiter sind wirtschaftlicher Natur. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, die den Kosten der Lebenshaltung entspricht, und gleichzeitig eine Verbilligung der Hausbrandkohle. Sie fühlen sich zu diesem Verlangen um so mehr berechtigt, als im Kohlenbergbau ungeheure Gewinne erzielt worden sind und weiter erzielt werden. Die Regierung, mit der verhandelt wird, da sie den Kohlenbergbau noch kontrolliert, vertritt den Standpunkt, daß die Lohnfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten sind. Dagegen lehnt sie die Verbilligung der Hausbrandkohle mit der Begründung ab, daß darüber nur sie selbst und das Parlament entscheiden könne, da es sich dabei um eine Angelegenheit der Allgemeinheit handle. Es muß also damit gerechnet werden, daß am 25. September der Streik der Bergarbeiter einsetzt.

Der Arbeiterdreibund steht hinter dem Vorgehen der Bergleute, d. h. die Bergarbeiter sind der tatkräftigen Unterstützung der wichtigsten englischen Gewerkschaften sicher, und das ist ein starker Rückhalt. Auf der andern Seite sammelt jedoch auch das Kapital seine Kräfte. Die Unternehmerverbände haben bereits erklärt, daß sie in diesem Winter „den Trade Unionismus zerschmettern wollen", und es ist anzunehmen, daß die Regierung Lloyd Georges sich zwar öffentlich nicht mit diesem Ziele identifiziert, daß sie aber innerlich ganz mit ihm einverstanden ist und den Unternehmern keine Schwierigkeiten bereiten wird. Vielleicht hofft Lloyd George, daß sich im Verlauf eines solchen Riesenkampfes die Stimmung bildet, die einer Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterschaft günstig ist.

Man spricht jetzt schon von einer möglichen Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Es kann sein, daß das nur Manöver sind, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern, aber man muß dabei auch immer im Auge behalten, daß Lloyd George bereits mehrfach versucht hat, industrielle Kämpfe politisch auszunutzen, und daß er ernstlich bemüht sein muß, seine politische Stellung zu stärken. Er und seine Partei hoffen vielleicht in doppelter Weise von den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu profitieren. Sie rechnen auf die Schwächung der finanziellen Macht der Arbeiterverbände, die dann nicht mehr mit gleicher Energie eine große Wahlagitation entfalten könnten, sie spekulieren weiter auf die Verärgerung weiter Schichten der Mittelklasse, vor allem auch der Frauen, die am unmittelbarsten die Begleiterscheinungen und Folgen eines allgemeinen Bergarbeiterausstandes spüren würden, und sie spielen vielleicht auch mit der Idee, im geeigneten Moment als Vermittler aufzutreten und sich so die Sympathien der Unaufgeklärten sichern zu können.

Wie es auch sein mag, die englische Arbeiterschaft steht vor den schwersten Kämpfen, und sie bedarf der Unterstützung von allen Seiten. Nicht nur der Bergbau kämpft, andere Industrien kündigen ebenfalls Kämpfe an, wie z. B. das Transportgewerbe. Aber auch ohne diese gleichzeitig nebeneinander verlaufenden Auseinandersetzungen ist es klar, daß ein allgemeiner Bergarbeiterstreik von längerer Dauer das gesamte Wirtschaftsleben brach legen muß, und daß Tausende und Abertausende in den Kampf hineingezogen werden, ob sie nun wollen oder nicht.

Die Verhandlungen

HR. London, 17. September.

In der Konferenz mit den Vertretern der Bergarbeiter hat Sir Robert Horne darauf hingewiesen, daß er in dieser Frage als Vertreter der Oeffentlichkeit auftrete und daß er die verlangte Lohnerhöhung nicht zubilligen könne, weil er sich davon überzeugt habe, daß eine derartige Erhöhung nicht berechtigt sei. In diesem Zusammenhange sei die Frage der Produktion von größtem Gewicht. Die Forderung nach einer Lohnerhöhung soll jetzt einem unparteiischen Schiedsgericht überwiesen werden. Bevor dies bewilligt, wird eine Vermehrung der Erzeugung aber notwendigerweise eine Erhöhung der Löhne und eine Herabsetzung des Steinkohlenpreises zur Folge haben. Was aber den Verkaufspreis der Kohle betrifft, kann nichts anderes beschlossen werden, als was bereits geschehen ist. Horne wiederholte seinen Vorschlag, daß die Bergarbeiter und die Bergwerksbesitzer zusammenkommen sollten, um die Frage der Konsolidierung der Löhne auf der Grundlage einer Lohnberechnung im Verhältnis zu Erzeugung zu besprechen.

Brace, einer der Führer der Bergarbeiter, hat mit Nachdruck die Wichtigkeit der Tatsache betont, daß die Bergarbeiter die Notwendigkeit der Vermehrung der Erzeugung anerkennen müßten. Die Zeitungen sagen zu dieser Erklärung, daß dies einen großen Schritt nach vorwärts bedeute. Brace sagte weiter, daß er zum ersten Male die Bergwerksföderation auffordere, alle Hilfsmittel zu gebrauchen, über die sie verfügt, und zwar zuerst in einer Konferenz mit den Bergwerksbesitzern, in der über die Ursache der verminderten Erzeugung beraten werden soll, zweitens wolle er alles tun, um einen Weg anzubahnen, auf welchem die Nation die Steinkohlen erhalten solle, die sie nötig hat. Er drang darauf, daß mit Rücksicht auf diesen Umstand die Forderung der Lohnerhöhung sofort bewilligt wird. Seinen Anregungen wurde jedoch nicht Folge gegeben und man debattierte hierüber [illegible] als die Konferenz bereits vertagt wurde.

London, 16. September. (Reuter.)

Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter hat den ganzen Tag mit Horne, dem Präsidenten des Handelsamts, beraten. Die Aussichten auf eine friedliche Regelung haben sich beträchtlich gebessert. Die Konferenz hat sich bis morgen vertagt.

Tschechische Gewerkschaftsvertreter in Berlin

Die gewerkschaftliche Delegation der tschechisch-slowakischen Republik befindet sich augenblicklich auf der Durchreise nach Rußland in Berlin. In Rußland will die Delegation die wirtschaftlichen und politischen Zustände studieren. Die Delegation besteht aus den Genossen Jakob Polach für die Textilarbeiter, Adalbert Dunder für die Metallarbeiter, Karl Pitak, Krnansky, Julius Vercik, Frau Josefa Sewerinowa, Martin Schwab und anderen.

Die tschechischen Gewerkschaften zählen jetzt 1½ Mill. 700 000 Mitglieder. Die deutschen Gewerkschaften führen teilweise eine separate Existenz.

Orgesch in Braunschweig

Nach einer Telunion-Meldung aus Braunschweig hat die dortige Einwohnerwehr nach ihrer Auflösung eine nicht uninteressante Umbildung vorgenommen. Einige ihrer Vertrauensleute haben die Vereinigung „Selbstschutz G. m. b. H." gegründet. Die neue Vereinigung verfolgt, wie sie angibt, ideelle und praktische Ziele. Ihr Hauptzweck ist, den Angehörigen der Vereinigung Schutz für Personen und Eigentum gegen verbrecherische Angriffe zu gewähren, soweit staatlicher und städtischer Schutz nicht ausreicht. Aufnahme findet jeder anständige Mann ohne Unterschied der Stellung, Religion, Rasse und Partei. Die Vereinigung will eine Art Freiwilligenpolizei bilden. Sie ist der Meinung, daß sie von der Regierung noch einmal gebraucht wird.

Diese „Selbstschutz G. m. b. H." hat, trotz ihres harmlosen äußeren Gewandes eine verdächtige Aehnlichkeit mit der Orgesch. Zum Schutz von Eigentum und Leben ist ja die Polizei da, und es ist kaum darüber zu klagen, daß zu wenig da sei. Wenn die Vereinigung der Meinung ist, daß die braunschweigische Regierung ihrer noch einmal bedürfe, so sind wir umgekehrt der Ansicht, daß die braunschweigische, sozialistische Regierung sich so schnell wie möglich dieser Selbstschutz-Organisation entledigen und ihr den Garaus machen sollte. Sie könnte sonst eines schönen Tages an der Hilfe dieser Organisation ihr blaues Wunder erleben.

Lloyd Georges Doppelspiel

London, 16. September.

Der Aktionsrat der Arbeiterpartei veröffentlicht eine Erklärung über seine Beziehungen zu Kamenew. Darin heißt es, Lloyd George selbst habe den Rat aufgefordert, durch Kamenew auf die russische Regierung Einfluß auszuüben. Der Rat sei zu diesem Zwecke mehrfach an Kamenew herangetreten. Dieser habe niemals versucht, die Politik des Rates zu beeinflussen. Die einzige Politik, die überhaupt erörtert wurde, sei die der Sowjetregierung gewesen. Außerdem seien die Beziehungen zu Polen und die Friedensfrage im allgemeinen zur Sprache gekommen.

Diese Erklärung des englischen Aktionsrates wirft auf die Begründung Lloyd Georges für die Abreise Kamenews ein eigentümliches Licht. Lloyd George ließ offiziell erklären, daß Kamenew besonders durch seine Beziehungen zu dem Aktionsrat sich der politischen Propaganda schuldig gemacht habe. Nun erfährt man, daß gerade Lloyd George den Aktionsrat aufgefordert hat, durch Kamenew auf die russische Regierung einzuwirken.

Die ganze Politik Lloyd Georges, den Sowjetvertretern, wie überhaupt Rußland gegenüber, ist nach dieser neuesten Enthüllung ein Beweis für die Grundsatzlosigkeit, die Kamenew dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" als die eigentliche Politik Lloyd Georges bezeichnete.

Die französische Präsidentschaftskandidatur

Paris, 17. September.

Einer Blättermeldung zufolge wird Millerand, falls er sich weigern sollte, für den Präsidentenposten zu kandidieren, den Rat geben, alle Stimmen auf seinen Freund Jonnart unter Ausschluß aller anderen Kandidaten zu vereinigen. Der Abgeordnete Doussaud hat die Vorsitzenden der Parteien zu einer Sitzung eingeladen, in der man sich über die Wahl eines Kandidaten für die Probeabstimmung einigen soll.

Einberufung der Kammer

Paris, 17. September.

Der Ministerrat hat beschlossen, das Parlament zur Entgegennahme der Mitteilung der Demission Deschanels zum nächsten Dienstag einzuberufen.

Beilegung des Breslauer Konflikts

Breslau, 17. September.

W. T. B. meldet: Das französische Konsulat wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Der vereinbarte militärische Akt vor dem Konsulat ist heute ohne Störung bei ausgezeichneter Haltung der Truppe vor sich gegangen.

Die russische Arbeiterdelegation in Hamburg

TU. Hamburg, 17. September.

Die russische Delegation, die sich seither in Christiania aufgehalten hat, ist heute morgen mit dem russischen Dampfer „Robotnik" über Bergen kommend in Hamburg eingetroffen. Die Delegation besteht aus 15 Mitgliedern, welche die Arbeiterverhältnisse in Deutschland studieren soll. Von diesen 15 Mitgliedern sollen 4 bis 5 Personen die Reiseerlaubnis für das innere Deutschland besitzen. Ueber die Einreiseerlaubnis für die übrigen Mitglieder der Delegation sind Verhandlungen im Gange.

Die Stellung der Organisationen

Mecklenburg

In zwei gut besuchten Versammlungen nahmen die Rostocker Mitglieder der U. S. P. D. ein Referat und Korreferat über die Frage des Anschlusses an Moskau entgegen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Ortsgruppe Rostock der U. S. P. D. hält den Zeitpunkt für gekommen, den Anschluß an die 3. Internationale zu vollziehen. Die Versammlung stellt sich auf den Boden der Moskauer Bedingungen. Zur Stärkung der 3. Internationale und Beschleunigung der Weltrevolution wird der sofortige Anschluß gefordert."

Aehnliche Beschlüsse haben die Ortsgruppen Goldberg und Strelitz-Alt gefaßt.

Generalversammlung der Kölner Parteigenossen

In zwei Generalversammlungen beschäftigten sich die Kölner Parteigenossen mit der Frage der Internationale und den vom Moskauer Kongreß vorgelegten Bedingungen. Mit erdrückender Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung der U. S. P. Köln-Stadt stellt sich auf den Boden der Leitsätze der Kommunistischen Internationale und nimmt die vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale verlangten Bedingungen an. Sie erwartet, daß jedes einzelne Mitglied der Partei sich entscheide, ob es gewillt ist, alle die Konsequenzen auf sich zu nehmen, die der Beitritt zur 3. Kommunistischen Internationale zur Folge hat. Nur wer grundsätzlich die Leitsätze anerkennt, deren Folgerungen in den 21 Bedingungen zum Ausdruck kommen, hat ein Anrecht, Mitglied unserer Partei zu sein. Die Partei muß in Zukunft mit einheitlichen Richtlinien und organisatorisch straff zentralisiert marschieren. Verschiedene grundsätzliche Auffassungen innerhalb der Partei, die den Sammlungsprozeß des gesamten deutschen Proletariats erschweren, weil sie den Gegnern das Material zu deren Verwirrungsarbeit innerhalb der Arbeitermassen liefern, darf es in Zukunft nicht mehr geben. Ebenso muß die Taktik des Kampfes unserer Partei eine einheitliche sein. Wir erklären uns für den Zusammenschluß der U. S. P. mit der K. P. D. zur Bildung einer großen revolutionären Massenpartei in Deutschland, das besonders, da uns von der K. P. D. grundsätzlich nichts mehr trennt. Die Generalversammlung fordert den Anschluß an die 3. Kommunistische Internationale."

Aus den Berliner Parteiorganisationen

13. Distrikt

In einer Versammlung des 13. Distrikts sprachen am Donnerstag Genossin Anna Geyer für und Genosse Seidel gegen den Anschluß an die dritte Internationale, unter den vorliegenden Bedingungen. Nach lebhafter Diskussion entschied sich die Versammlung, die von etwa 1000 Genossen besucht war, gegen ungefähr 50 Stimmen, für folgende Resolution:

„Die Generalversammlung des 13. Distrikts erkennt die Bedingungen zur Aufnahme in die 3. Internationale grundsätzlich an und fordert die U. S. P. auf, sofort den Anschluß an die kommunistische Internationale zu vollziehen.

Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß die Weltrevolution nur durch den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte in einer Internationale der Tat siegreich zum Abschluß gebracht werden kann."

15. Distrikt

Der 15. Distrikt nahm am 14. September im Moabiter Stadttheater in gut besuchter Versammlung Stellung zur dritten Internationale. Beide Referenten, Genosse Dittmann sowie Genosse Malzahn ernteten großen Beifall. Zur Diskussion hatten sich soviel Genossen gemeldet, daß die Versammlung nicht zu Ende geführt werden konnte. Da Genosse Dittmann erst wieder am 28. September frei ist, mußte die Versammlung bis dahin vertagt werden. Die Fortsetzung der Versammlung findet nun am 28. September, abends 7 Uhr, im Moabiter Stadttheater statt.

16. Distrikt

Die Mitglieder des 16. Distrikts nahmen in zwei aufeinanderfolgenden Versammlungen Stellung zu der Frage des Anschlusses an die 3. Internationale. An die Referate des Genossen Eichhorn und des Korreferenten, Genossen Emil Barth, schloß sich eine ausgedehnte Diskussion. Nach dem Schlußwort der Referenten wurde die nachstehende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen:

Die in den Germaniasälen tagende, außerordentliche Generalversammlung des 16. Distrikts beschließt: Die vom 2. Kongreß der kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Thesen werden grundsätzlich anerkannt. Sie sind die unerläßlichen Vorbedingungen für Umgestaltung unserer Partei zu einer wahrhaft revolutionären Klassenkampfpartei. Im Hinblick darauf, daß die Situation in Deutschland, wie auch die weltpolitische Lage jeden Augenblick tatkräftiges, internationales Handeln erfordern kann, muß alles getan werden, um den Anschluß an die dritte Internationale mit größter Beschleunigung zu vollziehen. Für den Fall, daß internationale Aktionen durch die Entwicklung der Dinge erforderlich werden, bevor der Anschluß endgültig vollzogen ist, ist die Parteileitung verpflichtet, so zu handeln, als ob sie bereits angeschlossen ist.

Des weiteren wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die aufs schärfste die Handlung des Genossen Dittmann betr. der Artikel in der „Freiheit" verurteilt.

11. Distrikt. Heute Sonnabend, abends 6 Uhr, finden in sämtlichen Abteilungen des Distrikts Abteilungs-Sitzungen statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.

U. S. P. Schöneberg-Friedenau. Sonnabend, 6 Uhr, Handzettel abholen, Spedition, Gothenstr. 40.

Mandatsniederlegung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann-Fürth, der frühere bayerische Ministerpräsident, legte sein Landtagsmandat nieder.

Schulrevolution

Ein Schreck- und Weckruf an die Eltern und Lehrer der Kinder des Proletariats.

Von Joh. Broese.

Die Volksschule war von jeher das Aschenbrödel der preußischen Unterrichtsverwaltung. Auch die Revolution hat sie aus dieser Magdstellung nicht befreit. Das Ziel jahrzehntelanger Kämpfe — die Arbeits- und weltliche Einheitsschule — in der Reichsverfassung liegt sie „verankert". Dort ruht sie wohlgeborgen, gleich einer versunkenen Glocke in der Sperrzone der Sperrparagraphen. (Siehe Artikel 146, Abs. 2 und Artikel 174.)

Doch dem Freistaate Preußen erscheinen selbst die heurigen Zustände auf dem Gebiete des Volksschulwesens noch zu rosig. Er ist drauf und dran, der preußischen Volksschule einen neuen Meilenstein auf ihrem Leidenswege zu setzen. Denn nichts anderes bewirkt der „Entwurf eines Gesetzes betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen", wenn er von der preußischen Landesversammlung in der ihr vorliegenden Fassung angenommen wird.

Dieser Entwurf regelt die Aufbringung der Kosten der Schulunterhaltung und Lehrerbesoldung. Die Zahlung der persönlichen Schullasten übernimmt die Landesschulkasse. Sie erhält die erforderlichen Geldmittel durch Staatsbeiträge (Besoldungsbeiträge), durch Schulverbands- (Schulgemeinde-) beiträge und etwaige eigene Einnahmen. Von diesen so vereinnahmten Beiträgen zahlt die Landesschulkasse an die Gemeinden (Schulverbände): 1. für jedes schulpflichtige Kind ohne Rücksicht auf die vorhandenen Schulstellen ein Beschulungsgeld von 100 M., 2. einen Beitrag als Staatsbeitrag für jede Lehrerstelle. Damit würde der Staat ungefähr drei Viertel der persönlichen Schullasten der Schulverbände tragen.

Die Bestimmungen über den Beitrag zu den Lehrerstellen bilden die Fußangel des Entwurfes. Der Staat zahlt nämlich seine Beiträge nur für so viel Lehrerstellen, als die Gesamtschülerzahl des Schulverbandes durch 60 dividiert ergibt. Auf je 60 Kinder soll also eine Lehrkraft entfallen. Haben Gemeinden für je 40 Kinder eine Lehrerstelle eingerichtet, so haben sie für ein Drittel ihrer Lehrerstellen die Kosten selbst aufzubringen. Dadurch werden Gemeinden mit einem fortschrittlichen Schulwesen — und hierfür kommen nur die Städte und vor allen Dingen die Großstädte in Betracht — für ihre Fortschrittlichkeit noch bestraft. Bei der allgemeinen Finanznot der Städte wird dieser Brems- und Sparentwurf seine unheilvolle Wirkung tun: Die Lehrerstellen werden verringert, die Kinder des Proletariats in den Klassenräumen noch mehr zusammengepfercht werden. Der ungeheure Rückschritt, den man mit einer Klassenfrequenz von 60 Kindern unternimmt, wird offenbar an Hand der Statistik über den Stand der Klassenbesuchsziffer der letzten Jahre.

In Nr. 36 der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung" veröffentlicht der bekannte Schulreformer Tews darüber folgendes Zahlenmaterial: „Schon im Jahre 1912/13 kamen auf einen Lehrer in Berlin 39,43, in Charlottenburg 38,22, in Magdeburg 39,98, in Berlin-Wilmersdorf 36,97, in Potsdam 35 Volksschüler, in Breslau 44,92, in Dortmund 52,62, in Duisburg 54,53, in Neukölln 56,66, in Herne 59,12, in Hamburg 31,62, Lübeck 32,11, Darmstadt 34,27. — Nicht nur die Großstädte, auch die Mittel- und Kleinstädte haben kleinere Klassenfrequenzziffern als 60. Auf eine Schulstelle kommen nach der Zählung von 1911 in den Städten Kinder: in Ostpreußen 46,4, in Westpreußen 52,2, in Brandenburg 45,6, in Pommern 45,3, in Posen 57,4, in Schlesien 52,6, in Sachsen 43,2, in Schleswig-Holstein 45,8, in Hannover 47,9, in Westfalen 54,1, in Hessen-Nassau 46,4, im Rheinland 53,2, im Staate durchschnittlich 49,3. Auf dem Lande kamen 1911 im Staatsdurchschnitt auf eine Schulstelle 61,5 Kinder. Viele Provinzen blieben sehr wesentlich hinter dieser Zahl zurück. In Schleswig-Holstein z. B. kamen nur 50 Kinder auf eine Schulstelle und auch in Pommern nicht 60 (57,2).

Hieraus ist ersichtlich, daß nur die kulturell rückständigen Landgemeinden mit ihrer hohen Klassenbesuchsziffer eine Förderung von Seiten des Staates erfahren, die aber in der Praxis ohne Bedeutung bleiben wird. Denn die Gemeinden haben die sächlichen Kosten der Schulunterhaltung zu tragen. Da die Bauern, die „notleidenden Landwirte", bekanntlich kein Einkommen haben, werden sie kaum die Lehrerstellen einrichten, die sich bei dem 60-Divisor ergeben. Der Lehrer auf dem Lande wird weiter verurteilt bleiben, seine Lämmer im engen, überfüllten Schulstalle zu sammeln.

Aehnliche Zustände will der „Entwurf" nun auch für die Städte herbeiführen. Die Volksschule soll auch hier wieder völlig Armenschule, Schule des Elends, werden. Die Kinder des Proletariats, die am meisten unter den traurigen Folgen des Krieges zu leiden haben, die infolge der Unterernährung in immer größerem Prozentsatz der verheerendsten Volksseuche, der Tuberkulose, anheimfallen, werden noch enger zusammengepfercht. Statt für mehr Licht und Luft, für sonnige Räume zu sorgen, die Klassenbesuchsziffer herabzusetzen, um den Gesundheitszustand der Kinder zu heben, wird die Klassenfrequenz auf ein Schock festgesetzt. Vom Standpunkte der Schulhygiene ist diese Schockzahl ein Verbrechen am Kinde, ein Raubbau an der Volksgesundheit des heranwachsenden Geschlechts, ein Raubbau an der Gesundheit der Lehrer.

Die Schockzahl macht aber auch alle modernen pädagogischen Bestrebungen zur Utopie. Wie soll der Lehrer bei einer solchen Schülerzahl die individuelle Eigenart eines Kindes erforschen? Jede Differenzierung, der Zusammenschluß zu Arbeits- und Begabungsgemeinschaften wird zur Unmöglichkeit. Die Schwachen bleiben unberücksichtigt. Sie müssen „sitzenbleiben". An eine Entfaltung der Selbsttätigkeit der Kinder ist garnicht zu denken. Wie kann da der Lehrer noch auf Schülerfragen — die einfachste Art der Selbsttätigkeit der Kinder — eingehen? Er hat für „gesicherte Unterrichtsergebnisse" zu sorgen, für den „Durchschnitt der Klasse" zu arbeiten. So bleibt ihm nur Einpauken und Drill. Die Lernschule wird zur Notwendigkeit. Die Erhöhung der Klassenfrequenz wird um so bitterer empfunden, als sie im Gegensatz steht zu der der höheren Schulen. Der Zeitungsdienst des deutschen Lehrervereins vom 1. Juli (Blatt 249) schreibt: „In den höheren Schulen kommt auf je 18 Schüler ein Lehrer, und doch wird noch über zu starke Füllung der Schulklassen im einzelnen Falle geklagt." Wo bleibt nun hier die so viel gerühmte Gleichberechtigung aller Staatsbürger?

Für die Kinder der „höheren Stände" schafft man große, gesunde Unterrichtsräume, ein ausreichendes Lehrer- (Oberlehrer-) personal. Die Oberlehrer haben nur eine geringe Pflichtstundenzahl. Ihre Bezahlung aber übertrifft bei weitem die der Volksschullehrer. Der Besoldungsentwurf vertieft diesen Unterschied so ungeheuerlich, daß er von der gesamten Volksschullehrerschaft geradezu als Schmach empfunden wird. Möchte doch der Volksschullehrerschaft nun endlich die Augen nicht nur über-, sondern auch aufgehen, damit sie sehend werden in bezug auf ihre politische Einstellung. Ihr Wohl und Wehe ist mit dem des „Volkes" untrennbar verbunden. Wie man sie und ihre Arbeit einschätzt, so schätzt man das Volk ein. Die Vertreter des Proletariats allein kämpfen für die berechtigte Gleichstellung aller Lehrenden an Volks- und höheren Schulen. Darum kann der Platz des Volksschullehrers nur an der Seite des revolutionären Proletariats sein. Schon engagieren die Lehrervereine in ihrem Abwehrkampf gegen die „60" die Elternbeiräte. Die Unterstützung unserer Genossen ist ihnen gewiß.

Unser Genosse Dr. Löwenstein, der Oberschulrat von Berlin werden wird, kennt kein vornehmeres Ziel, als alle die von der Lehrerschaft auf dem Gebiete der Schulpolitik seit Jahrzehnten erstrebten Forderungen — soweit dies im Rahmen der Gesetze möglich ist — zu realisieren. Die Lehrerschaft Groß-Berlins sollte ihn deshalb mit offenen Armen empfangen und sich nicht durch das ohnmächtige Geheul eines reaktionär-klerikal-liberalen Klüngels betören lassen. Die Lehrerschaft Groß-Berlins erinnere sich der Ohrfeigen, die ihr der kommunale Freisinn in reichlichem Maße ausgeteilt hat.

Im Landtag werden die Vertreter der U. S. P. D. einen Antrag einbringen, der den Besoldungsentwurf mit seiner kulturwidrigen Schulpolitik bekämpft, der dahin abzielen wird, die einheitliche Regelung der Klassenfrequenz für den ganzen Staat als ein Ding der Unmöglichkeit nachzuweisen. Auf kulturellem Gebiete, auf dem Gebiete der Volksbildung sparen, heißt ein Volk in Knechtschaft treiben.

Doch das ist das Kennzeichen des kapitalistisch-bürgerlichen Staates: er schnürt den Geldsack zu, wenn es das Bildungsniveau der Massen zu heben gilt. Er gibt mit vollen Händen seinen Schildhaltern: dem Militarismus, dem Bureaukratismus, dem Klerikalismus. Man spare bei der Sicherheitswehr, man verringere den bureaukratischen Apparat auf allen Gebieten der Verwaltung, man ziehe die Kirche zu höheren Einkommensteuern heran. Da liegen Sparpunkte, die eine Gesundung des Volksganzen ermöglichen. —

Das Proletariat wird kein Mittel unversucht lassen, den „Entwurf" mit seiner reaktionären Tendenz zu Fall zu bringen. Die Anträge unserer Genossen im Preußenparlament müssen unterstützt werden durch Massenversammlungen, Demonstrationen und Eingaben an die Behörden.

Volksschullehrer! Tretet mit ein in die Front! Proletarier! Schützt eure Kinder vor körperlichem und geistigem Untergang!

Preußische Landesversammlung

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen. Darunter eine unseres Genossen **Sämisch**. Er beschwert sich darüber, daß nicht der vom Kreisausschuß des Saalekreises in Vorschlag gebrachte Kandidat Diebusch zum Landrat ernannt worden sei, sondern der eine Minderheit vertretende bisherige kommissarische Vertreter Thiele.

Ein Regierungsvertreter: Der Kreisausschuß hat nur Vorschlagsrecht, die Regierung ist nicht daran gebunden.

Es folgt die Beratung des Antrages aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, die friedliche Berufstätigkeit der deutschen Staatsbürger in der Provinz Oberschlesien vor polnischen Uebergriffen und Gewalttätigkeiten unbedingt zu schützen und dafür zu sorgen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien richtig vor sich geht.

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.): Es ist nicht zweckmäßig, jetzt ausführlich über die oberschlesischen Dinge zu sprechen, ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Abg. **Conradt** (Dnat.): Ich bin entgegengesetzter Ansicht, wir müssen eingehend über die unhaltbaren Zustände in Oberschlesien sprechen.

Vizepräsident Dr. **v. Kries** gibt ein Telegramm 500 heimattreuer Oberschlesier in Sagan bekannt, in dem die Regierung aufgefordert wird, dafür einzutreten, daß die Unruhen beigelegt werden, daß baldige Abstimmung herbeigeführt und auch den Oberschlesiern das Recht der Abstimmung gewährleistet wird.

Abg. **Scholich** (Soz.): Dem Appell an die Regierung zu Repressalien zu greifen, können wir nicht zustimmen. Wir haben genug von solchem Vorgehen noch aus dem Kriege. Wir wünschen, daß in Ruhe und Ordnung alle diese Unstimmigkeiten erledigt werden.

Ministerpräsident **Braun**: Auch die Staatsregierung hat mit Entsetzen und Schmerz Kenntnis genommen von den furchtbaren Ereignissen, die sich in Oberschlesien abgespielt haben und täglich noch abspielen. Die Staatsregierung ist dauernd bemüht gewesen, das Schicksal der Oberschlesier zu mildern. Das wird auch in Zukunft geschehen. Die Vorkommnisse in Oberschlesien zeigen mit grausamer Deutlichkeit, daß das Versailler Gewaltdiktat der Sieger nicht ein Dokument des Friedens und der Völkerversöhnung ist. Nachdem das überwältigende Bekenntnis zum Deutschtum, das die Bevölkerung im ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiet abgelegt, aller Welt offenbart hat, wie schändlich die Diktatoren von Versailles von polnischer Seite irregeführt worden sind, versuchen die Polen in Oberschlesien, sich durch Gewaltanwendung einer erneuten Blamage zu entziehen. Die neuerdings bekannt gewordenen Dokumente beweisen, daß die Polen ihren Aufstand vor langer Hand vorbereitet haben. Die Gefahr ist noch nicht gebannt. Weitere Aufstände drohen. Tieftraurig, ja geradezu empörend ist es, daß die in erzählerte Kommission, die sich zur Gebieterin Oberschlesiens aufgeworfen, um die Freiheit der Abstimmung zu sichern, nunmehr nicht imstande war, die Ruhe zu erhalten. Ich rufe hier vor aller Welt die Interalliierten zur Erfüllung dieser Pflicht auf (Lebh. Beifall). Gemeinsam mit der Reichsregierung wird die Staatsregierung nach wie vor bemüht sein, auf geordnete, eine freie, unbehinderte Abstimmung der Oberschlesier sichernde Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken.

Abg. Dr. **Grund** (Dem.): Mit immer steigender Sorge verfolgen auch meine Freunde die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien. Es ist hohe Zeit, diese Dinge in aller Oeffentlichkeit zu kennzeichnen. (Sehr richtig!) Wir geloben in dieser Stunde, unsern oberschlesischen Brüdern und Schwestern die Treue zu halten. (Beifall.)

Genosse Ziegler:

Auch meine Freunde sind der Meinung, daß die Zustände in Oberschlesien unhaltbar geworden sind. Die Schuld trägt das Treiben der nationalistischen Elemente beider Seiten nicht nur der Polen, sondern auch der Deutschen. Die Polen sind gelehrige Schüler der deutschen Nationalisten und Hakatisten gewesen. Die deutsche Regierung ist mitschuldig, daß die Stimmung unter den Arbeitern in Oberschlesien für Deutschland nicht mehr so günstig ist, wie sie sein sollte. Das ist die Folge der Maßnahmen des Herrn Höfing während des großen Streiks. Nun zu Herrn **Staatsminister Braun**. Wilhelm II. hätte gar nicht besser reden können als er. Wollen Sie etwa

einen neuen Tanz

beginnen? Es wäre besser gewesen, an diesen Tische auch die Grundursachen der Zustände zu untersuchen. Die deutschen Nationalisten haben die Geister gerufen, die sie jetzt nicht bannen können. Es wird ihnen nicht gelingen, ein neues 1813 herbeizuführen. Gewiß ist es richtig und ich kann es selbst bestätigen, daß die Franzosen uns Deutschen in Oberschlesien nicht neutral gegenüberstehen. Aber durch nationalistische Propaganda vermag man das nicht zu verhindern. Den vorliegenden Antrag lehnen wir in dieser Fassung ab, besonders den ersten Absatz, der nur von polnischen Uebergriffen spricht. Es steht doch fest, **daß deutsche Uebergriffe erst die polnischen heraufbeschworen haben.** (Stürmische minutenlange Pfuirufe. Das ganze Haus erhebt sich als der Redner weitersprechen will, unter ungeheurer Erregung. Die Mitglieder der Rechten, des Zentrums und der demokratischen Partei verlassen den Saal.) Die Herren von der Rechten können doch gar nicht bestreiten, daß der Sturm auf das deutsche Haus in Kattowitz und auf das französische Konsulat in Breslau nicht von den Polen hervorgerufen ist. Auch den zweiten Absatz des Antrags lehnen wir ab, weil dadurch den internationalen Verwicklungen Tür und Tor geöffnet werden. Wir wissen garnicht, wie man sich die Ausführungen dieser Maßnahmen denkt. Will vielleicht Herr von Seeckt mit seiner Reichswehr einmarschieren und Oberschlesien als Kriegsgebiet erklären? Das lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wollen nicht, daß Oberschlesien ein Tummelplatz für nationalistische Kämpfe wird. Wir wissen auch, daß Oberschlesien eine Lebensfrage für Deutschland ist. Aber nicht durch nationalistische Tumulte kann man Oberschlesien retten, sondern nur durch **Entgegenkommen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung.** Wir wissen auch, daß der internationale Kapitalismus weiter nichts will, als ein großes Durcheinander auf dem Kontinent herbeizuführen, um dann seine Geschäfte machen zu können.

Man will die Proletarier für diesen Kapitalismus einspannen. Wir lehnen dieses Spiel ab. Nieder mit dem Kapitalismus, hoch der Sozialismus! (Bravo bei den Unabh.)

Abg. **Pischke** (D. V.): Polnische Studenten haben in Posen für Oberschlesien geworben. Sie zwangen die Deutschen, das deutsche Haus zu verlassen. Die oberschlesische Frage ist nicht in Oberschlesien gemacht, sondern in Polen vorbereitet und erdacht. Man will Oberschlesien von Deutschland abreißen, man will das Deutschtum in Oberschlesien vernichten.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abg. Stering, Dr. Porsch, Dominicus, Hergt, Dr. v. Richter, Hann u. Gen., die Staatsregierung zu ersuchen, durch Vermittlung der Reichsregierung unverzüglich dahin zu wirken, daß die Saarbevölkerung vor willkürlicher Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit geschützt, insbesondere die dem Friedensvertrage widersprechenden Ausweisungen zurückgezogen, sowie die durch den Friedensvertrag und wiederholte Erklärung der Saarregierung garantierten Rechte und Freiheiten unbedingt sichergestellt werden.

Abg. Dr. **Bell** (Z.) begründet den Antrag.

Abg. **Nerse** (Soz.): Den französischen und englischen Gewerkschaftlern rufe ich zu, daß sie ihren Einfluß ausüben, daß im Saargebiet andere Verhältnisse eintreten.

Ministerpräsident **Braun**: Im Saargebiet haben wir es nicht mit nationalen Gegensätzen zu tun, sondern nur mit schwerem Druck des Eroberers, mit dem die kerndeutsche Bevölkerung bedrängt wird. Der bedrückten und vertriebenen deutschen Beamten werden wir uns stets annehmen. Die Behandlung durch die Franzosen entspricht nicht den feierlich gegebenen Zusagen. Die deutsche Regierung hat bei dem Saarregierungskommissar Einspruch erhoben. Die Saarbevölkerung kann versichert sein, daß wir bemüht sind, sich uns ihrer in ihrer Bedrängnis anzunehmen. Das Saargebiet war deutsch und wird trotz allen Bedrängnissen der französischen Eroberer deutsch bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Ummert**: (Dem.): Als Saarländer danke ich der Regierung für das bewiesene Verständnis für unsere Nöte. Das Saargebiet ist urdeutsches Land ohne jeden Prozentsatz fremden Blutes.

Abg. **Herten** (U. Soz.): Wir Unabhängigen haben stets gegen den Militarismus gekämpft, gleichgültig, von welcher Seite er kommt. Wir verlangen, daß in jedem besetzten Gebiet die Freiheit der Person geachtet wird, und nur weil der Antrag in dieser Richtung einwandfrei formuliert ist, werden wir dafür stimmen.

Abg. **Ebersbach** (Dnat): Die Regierung müsse mit größerer Energie als bisher auf Einhaltung der Vertragsbestimmungen halten.

Abg. **Kalle** (D. Vp.): Die Erklärung des Ministerpräsidenten war erfreulich. Unsere Gegner im Osten und Westen werden das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen. Die Saarländer werden durchhalten.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag, 2 Uhr.

Reichswirtschaftsrat

Die Getreidewirtschaft

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich gestern mit der Getreidewirtschaft. Der Leiter der Reichsgetreidestelle, Geheimrat Kleiner, entwarf ein trübes Bild von der neuen Ernte. Die Roggenernte habe fast überall stark enttäuscht. Durch die vom Ernährungsausschuß des Reichstages durchgesetzte volle Freigabe des Deputats der Landarbeiter ergebe sich ein Ausfall von 500 000 Tonnen für die Allgemeinwirtschaft und es werde eine neue Quelle für den Schleichhandel eröffnet. Die Reichsgetreidestelle schätze vorläufig die neue Ernte an Brotgetreide nur auf etwa 7 Millionen Tonnen. Die Anbaufläche für Brotgetreide habe sich gegen das Vorjahr insgesamt um 7,35 Prozent vermindert. Das Ernteergebnis bleibe im ganzen wesentlich hinter dem Bedarf zurück. Darum sei die Reichsgetreidestelle gegen eine Erhöhung der Brotration, wolle aber eine Herabsetzung der Ausmahlung von 90 auf 85 Prozent zugestehen, jedoch nur bei gleichzeitiger Brotstreckung von 10 Prozent. Im übrigen müßten wir bis 2 Millionen Tonnen Brotgetreide hauptsächlich aus Amerika einführen. Bei einem Durchschnittspreis von 5000 M. für die Tonne würde diese Einfuhr 10 Milliarden Mark erfordern. Eine Uebernahme dieser Kosten auf den Brotpreis würde unsozial sein, nach Ansicht der Reichsgetreidestelle müßten sie auf die Reichskasse übernommen und durch allgemeine Steuern aufgebracht werden. Die Anlieferung von Getreide einschließlich Hafer sei in diesem Jahr gegen das Vorjahr bis zum 15. September von 241 000 Tonnen auf 557 000 Tonnen gestiegen, aber im Vorjahre habe gerade um diese Zeit eine wesentliche Verbesserung der Anlieferung eingesetzt, während wir jetzt anscheinend bereits wieder in rückläufiger Bewegung stehen. Am schlimmsten beunruhige nicht der Ausfall der Ernte, sondern daß die Exekutive auf dem Gebiete der öffentlichen Wirtschaft außerordentlich stark versage und die Anordnungen nicht befolgt würden.

Die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich. Nach einer Havasmeldung betragen die deutschen Kohlenlieferungen im August insgesamt 1 975 000 Tonnen. Das Programm, nach dem im September 2 Millionen Tonnen geliefert werden sollen, sei in allen Einzelheiten festgelegt und seine Durchführung vollziehe sich unter befriedigenden Bedingungen.

Der Münchener Proteststreik. Der zweistündige, von den Kommunisten wegen der Verhaftung des Abg. Eisenberger proklamierte Proteststreik wurde nur vereinzelt durchgeführt. Bei der Straßenbahn und in den Werkstätten der Staatsbahn wurde die Arbeit nirgends eingestellt.

Wiederaufnahme der Arbeit im Hamburger Hafen. Die Lage im Hamburger Hafenarbeiterstreik hat heute eine wesentliche Besserung erfahren. Eine große Anzahl Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. Infolge des Hamburger Hafenarbeiterstreiks haben mehrere für Hamburg bestimmte Dampfer andere Häfen aufgesucht.

Friede zwischen Deutschland und Rumänien. Nach Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles durch das rumänische Parlament ist die Niederlegung der Ratifikationsurkunde in Paris am 14. d. M. erfolgt. Damit ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rumänien in Kraft getreten.

Beilegung des englischen Elektrizitätsarbeiterstreiks. Die Unternehmer und die Vertreter des Verbandes der Elektrizitätsarbeiter haben beschlossen, daß die Arbeit so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden soll. Der allgemeine Streik in der Elektrizitätsindustrie ist damit beigelegt.

Die Pest ist, wie aus Stockholm gemeldet wird, auf dem Dampfer Lima festgestellt worden. In Goteborg hatten neun Deutsche und zwei Schweden vorher das Schiff verlassen. Von diesen elf Personen scheint aber keiner von der Pest angesteckt worden zu sein.

Apfel-Torte schmeckt famos mit

Oetker's Milch-Eiweiß-Pulver

mit Triebzusatz
Nahrhaft u. gebrauchsfertig wie
2-3 Eiweiß
für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten.

Man verlange Rezeptbuch E von den Nährmittelwerken Oetker & Co. G.m.b.H. Bielefeld.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Sonnabend 7½ Uhr:
Der Richter v. Zalamea

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Biberpelz**

Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr:
Silhouetten Susannens Geheimnis, Kostümball
Schauspielhaus
7 Uhr:
Coriolan

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Und Pippa tanzt
Kammerspiele
8 Uhr: Die Brandstätte
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
Zum 1. Male 8 Uhr:
Jedermann (Aufh. Abonn.)

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
7 Uhr Die Csikósbaroness
Operette in drei Akten nach einem Motiv Petöfis von Fritz Grünbaum.

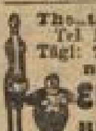
Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19-20
Er oder Er

Trianon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Sonnabend 4 U. Kleine Preise:
Rotkäppchen
Täglich 8 Uhr: **Untreu**
Sonntag nachm. 4 U.: **Der gute Ruf**

Residenz-Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Klosterstraße)
¾8 Uhr: **Die Freundin**
Sonntag 4 Uhr:
Der Störenfried

Rose-Theater
7½ Uhr: **Die Ratten.**

Kammer-Tanzspiele
Bülowstr. 6, am Nollendorfplatz
Tägl. 8 Uhr:
Orientalisches Ballett
Kiki Kiami Bey.



Theater a. Kottbus. To
Tel. Moritzplatz 1484.
Tägl: 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
EliteSänger
Blüthgen-Konzert
Vorvk. 11–1½, n. 4–6 U.

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 (Bahnhof Jannowitzbrücke)
Täglich 7⁰
Gala-Sänger

Spezial-Arzt Dr. Skorzi für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Syphilis komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kur-
Dir.: Löser senior Institut „Löser“ geöffnet v. 9–1, 4–8. Sonnt. 9–1.
Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männer u. Frauen, Blutuntersuchungen, nerv. Schwäche. Behandlg. schnell, sicher, mögl. ohne Berufsstör. Auskunft kostenlos.
Kühn, Andreasstr. 75, 1. Et., Ecke Breslauer Str. (dicht a. Schl. Bhf.) Sprechz. 10–12, 5–7½. Sonnt. geschlossen.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
schnelle, sichere, möglichst schmerzlose Beseitigung ohne Berufsstörung. **Blutuntersuchung, Salvarsan-Kuren** usw. Bei veralteten und hartnäckigen Harnleiden wie Brennen, Verengungen usw.
Schmerzlose elektrische Durchleuchtung.
C. Weißert & G. Andres, Berlin N 4. Invalidenstraße 147
Untersuchung und Auskunft kostenlos. 1. Etage, Ecke Bergstraße. Sprechstunden vorm. 10–12 u. 4–8, Sonntags 10–12.

Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis, Salvarsan-Kuren
Blutuntersuchung, Manneschwäche. Damen separat.
Heilanstalt Dr. med Lommer 10–1, 4–7½, Sonntags 10–12
Brunnenstr. 185 (zwisch. Rosenthaler Platz und Invalidenstraße).

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäck. Harnleid., Ausschlag, nerv. Schwäche, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, Bestrahlungen in der Heil-Anst. „Löser“, **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat.

Ueberbiete jeden Annoncenpreis **für Kupfer**
Rotguß, Messing, Blei, Zink, Aluminium, sämtl. Späne, Nickel, Quecksilber, Zinn
Schönhauser Allee 143.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Weiß,** Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Bekanntmachung

1. Es entfallen auf den Abschnitt „39“ der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin

125 Gramm Nährmittel

nach Maßgabe der vorhandenen Bestände an:
Hafergrütze zum Preise von 0,87 Mark je Pfund
Sago " " " 1,60 " " "
Teigwaren " " " 2,00 " " "

2. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldeabschnitte vom Sonntag, den 19. bis Mittwoch, den 22. September 1920 bei den Kleinhändlern abzugeben.
3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu der oben aufgerufenen Nummer bei den Großhändlern am Donnerstag, den 23. September abzuliefern.
4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 23. Oktober 1920.

Berlin, den 16. September 1920.

Der Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.

Tgb.-Nr. 7485 NS.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Berlin :: Sebastianstraße 37-38

Betriebsräte u. Obleute der Damen- u. Herrenmaßbranche

Versammlung

am **Sonntag, den 19. September 1920, vormittags 9½ Uhr,** bei Baresch, Alte Jakobstraße 64.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Vertreters zum Betriebsrätekongreß. 2. Verschiedenes.

Nur Betriebsräte und Obleute dieser Branchen mit Legitimationskarte der Betriebsrätezentrale Münzstraße oder der SPD. u. dem Mitgliedsbuch oder -Karte mit nicht über sechs restierenden Beiträgen haben Zutritt.

Die Branchenleitungen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirk Groß-Berlin.

Deutscher Portier-Verband
(Sektion VII des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes)

Sonntag, den 19. September vormittags 9½ Uhr

Große Demonstration

aller Groß-Berliner Portiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Wächter u. Hausreinigerinnen. **Gesamt-Sammelpunkt: Wittenbergplatz.** Kein Kollege und keine Kollegin darf bei dieser Demonstration fehlen. **Die Sektionsleitung.**

Möbeltransportbranche

Am Sonntag, den 19. September, vormittags 9 Uhr, Vollversammlung in den „Central-Festsälen“, Alte Jakobstr. 32.
Die Branchenleitung.

Allgemeine Ortskrankenkasse
für Berlin-Tempelhof.

Einladung.

zu der am **Montag, den 27. September 1920, abends 7 Uhr** im Restaurant **Hermann Schulz, Berlin-Tempelhof,** Berliner Straße 125, stattfindenden **ordentlichen Ausschuß-Sitzung** der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten.

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den zwischen dem Krankenkassenverband Groß-Berlins und dem Zentralverband der Angestellten vereinbarten Tarifvertrag.
2. Abänderung der Dienstordnung.
3. Verschiedenes.

Beschwerden und Anfragen sind bis spätestens Mittwoch, den 22. September, bei der Kassenverwaltung schriftlich einzureichen.

Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof
(gez.) Paul Köllmer, 1. Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter

Willi Freund

Schreinerstr. 20, am 13. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner

Julius Teßmann

Rüdersdorfer Straße 26, am 12. d. Mts. gestorben ist.

Nachstehende Kollegen sind noch als Kriegsopfer zu verzeichnen:
Rudolf Boege, Metallarbeiter, gefallen am 30. 9. 1917.
Gustav Klein, Metalldreher, Gefangenschaft August 1919 gestorben.
Wilhelm Kruppol, Metallarbeiter, Gefangenschaft 12. 2. 1919 gestorben.
Artur Ludwig, Schlosser, Lazarett 1916 gestorben.
Max Nolte, Metallarbeiter, vermißt 30. 9. 1916.
Richard Nünchert, Schlosser, Lazarett gestorben.
Bruno Rothenburg, Einrichter, vermißt 3. 12. 1917.
Eugen Schlosser, Hilfsmonteur. Gefangenschaft 23. 2. 1919 gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Am 14. d. Mts verschied plötzlich und unerwartet unser Lagerhalter

Herr Bernhard Buschendorf

Der Verstorbene war ein langjähriger, treuer Mitarbeiter unserer Genossenschaft, und verlieren wir in ihm einen zielbewußten Förderer unserer Organisation.

Wir werden dem Verschiedenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Vorstand und Aufsichtsrat der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend e. G. m. b. H.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 18., nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr., statt.

G. A. Hannewacker
echt Stargardter Schnupftabak (Goldf.)
Abgabe an meine Kautabakkundsch. jede Menge empf. jetzt ständig Tabakgesch. **Kronprinzenstr. 3** Nähe Ringbahnh. Frkf. Allee

USPD. 13. Distrikt.

Am 13. Sept. verschied unser Genosse, der Dreher

Ernst Pfaumann

Swinemünder Straße 74, an Lungenentzündung.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachm. 4 Uhr, Gerichtstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Erstklassig und ebenbürtig der feinsten Maßarbeit gefertigte Jakettanzüge, Cutawayanzüge, Raglanulster, Herrenpaletots, Kammgarnhosen verkauft zu noch nicht dagewesenen Preisen Luft, Reichenberger Straße 16, vorn I, direkt am Kottbuser Tor.

Waldgrundstücke, Qu.-R. M. 40,— verk. Heiland, Petershagen a. d. Ostb., Waldstr.

M. Schulmeister Berlin SO. Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor — **Anzüge | Hosen | Ulster**

Direktion Carl Meinhard – Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Str.
½8 Uhr: Erdgeist
Sonntag ½8 Uhr: Erdgeist
3 Uhr: Geständnis.
Montag ½8 Uhr: Erdgeist
Di. ½8 U.: Baumeister Solneß

Komödienhaus
½8: Eine Nacht i. Paradies
Stg. 3 Uhr: Der Biberpelz

Berliner Theater
½8 Uhr: **Der letzte Walzer**
mit Fritzi Massary.
Stg. 3 U.: Wie einst im Mai

Lessing-Theater
Heute und Sonntag, 7½ Uhr:
Die Tänzerin
(Leopoldine Konstantin)
Montag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
Inszenierung: Victor Palfi
mit **Max Adalbert** und **Trude Hesterberg.**

½8 **Casino-Theater** ½8
Knorp's sel. Witwe
Stg. 3½ U.: Gebrüder Zorn

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
7½ U.: **Meisterdetektiv Hannussen** sowie weitere 16 Septembersensationen
Sonntags 3½ U. 1 Kind frei.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108–114
Täglich Konzert und Vorstellung
Dienstags, Mittwochs, Donnerstags u. Sonntags
Großer Ball.
Die Kaffeeküche ist tägl. geöffn. Anfang wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Heute und folg. Tage: 7½
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm!
Ende: Vor 10 Uhr.
Sonntags: 2 Vorstellungen.

Merkur-Palast Pallisadenstr. 26 Ecke Strausberger Str.
Heute bis Montag, 20. Sept. Erstaufführung im gesamten Osten
Die neue Detektiv-Sensation
Der Hund von Baskerville
5ter Teil
Das Sanatorium Dr. Macdonald 5 Akte
außerdem **Die Männer taugen alle nichts** (Lustspiel).
Ab Dienstag, 21. September
Der Seelenverkäufer, Sittendrama, 6 Akte.

Unerreicht
sind unsere
Carbid-Lampen
von Mk. 5.90 an
Carbid jedes Quantum!
Brenner u. Zubehör
Gebr. Bendel
Schönhauser Allee 146
Ecke Kastanienallee
Amt Humboldt 4125 u. 4126
Vorzeiger dieses erhält 5% Rabatt.

und alle Bedarfsartikel preiswert. Preisl. 101 f franko
Foto-Industrie
Berlin 48, Friedrichstr. 14.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Norden 106 21.

Alte Gebisse
Zahle pro Zahn 13—200 M.
Knopfstiftzähne 9 M.
Brennstiftzähne, Platin
in jeder Form bis 150 M.
Gold- und Silberbruch nach Tagespreisen.
Reelle Bedienung. Einkauf von 10—6 Uhr abends.
Gecmann, Uhlandstr. 52, vorn 3 Trp.

Deutsche Schokolade
MARKE VESTA
Der kolossale Umsatz bestätigt die gute Qualität und Preiswürdigkeit
Verkauf nur an Wiederverkäufer
G. Wechselmann, Berlin W 9 Linkstr. 29
Fernsprecher: Nollendorf 879.

Achtung! Parteigenossen — Raucher!
Empfehle mein Lager an preiswerten
Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak
Stern Verbandshaus für Tabakwarenfabriken
Inhab. Richard Bowatscheck
Kommandantenstr. 51, im Laden.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe ◦ Knöpfe
Konfektion
für Damen und Mädchen
Maßanfertigung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
5 Kottbuser Straße 5

Metall-ankaufsstelle
1. Oderbergerstraße 1.
Ecke Schönhauser Allee
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink, sowie **Quecksilber** und alle anderen Metalle.

Zigarettenfabrik
liefert erstklassigen rein orientalischen
Zigarettentabak
in 50 und 100 Gramm-Dosen
Engros-Verkauf
Landsberger Straße 119
Detail-Verkauf
Gr. Frankfurter Str. 31
Telephon Königstadt 156 u. 7272.

Achtung! Buchbinder Achtung!

Montag, den 20. September 1920, nachmittags 5 Uhr in Graumanns Festsälen, Naunynstraße 27

Betriebsräte-Versammlung

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Betriebsrätekongreß. 2. Stellungnahme zur Arbeitsordnung. 3. Verschiedenes.

Eintritt haben alle mit Ausweis versehenen **ordentlichen** Betriebsrats-Mitglieder, die im Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter organisiert sind. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Vollzähligen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 22. September, nachmittags 5 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15

Vierteljahrs-Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Quartalsbericht. 2. Bericht über die Angestelltenwahlen. 3. Bericht der Anstellungs-Prüfungskommission über Neuwahlen. 4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben nur die gewählten Delegierten Zutritt. Diese werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Die Stelle einer

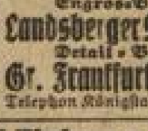
Jugendfürsorgerin

ist zu besetzen. — Tätigkeitsgebiet: Insbesondere Bearbeitung der Angelegenheiten der weiblichen Jugendfürsorge, Leitung des Dienstes der Jugendhelferinnen, Mitwirkung beim Ausbau der bezirksweise zu gliedernden Jugendfürsorge. Anstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag mit Rechtsanspruch auf Pension nach erfolgreicher einjähriger Probezeit. Anfangsgehalt 9700 Mark, steigend in 16 Jahren auf 13 300 Mark, hierzu z. Zt. 50 Prozent Ausgleichszuschlag. Während der Probezeit 75 Prozent des Anfangsgehaltes.

Gesuche von Bewerberinnen mit geeigneten praktischen Erfahrungen und Vorbildung sind mit ausführlichem Lebenslauf und Zeugnisabschriften zum 1. Nov. d. J. einzureichen.

Neukölln, den 12. September 1920.

Der Magistrat.



Entferne persönlich garantiert ohne Stechen, ohne Schneiden **Tätowierungen,** Muttermale, Warzen, täglich 10 bis 6, Sonntag 10 bis 12.
Cussler, Berlin, Schlegelstr. 10, part., am Stettiner Bahnh.

Ziehung am 13. und 14. Oktober
Lotterie Original-Lose M. 3.60
der Freiwilligen Sanitäts-Kolonnen vom Roten Kreuz
4153 Gewinne Mkw. **10000 M.**
Lose überall zu haben.

Wanzen und Motten
nebst Brut vernichtet radikal
Erhältlich in Apotheken, Drogerien und einschläg. Geschäften.

Pfeifferol
Wanzentod . . . . . à Fl. 3.75, 5.50, 9 und 11 M.
Mottentod . . . . in Beuteln à 75 Pf.
Kopf- und Haarwasser gegen Läuse . . Fl. 4 und 6 M.
Parasiten-Liniment geg. Körper- u. Kleiderläuse Fl. 4 u. 6 M.
Tricresol-Puder gegen Flöhe . . . . 3 M.
Hersteller: Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, Berlin N, Schulstraße 16.

Zinnb. 40. Bleib. 4.—
Bierschlangen bis 35.—
sämtliche Altmetalle höchstzahl.
Händler extra Preise!
Zinnschmelze Peingeslinnenstr. 17
Moritzplatz, nahe Wertheim.

Keine Verteidiger für die ungarischen Volkskommissare!

Aus Wien wird uns geschrieben:

Seit mehr als zwei Monaten stehen die ungarischen Volkskommissare vor ihren Blutrichtern. Die Anklage, daß sie Räuber, Mörder, Falschmünzer, Hochverräter seien, ist so unsinnig, daß der Prozeß nur geführt werden kann, indem alle Leute, denen während der Räteherrschaft irgendeine Unannehmlichkeit zugestoßen oder ein Leid zugefügt wurde, nun als „Zeugen“ in dem Prozeß aufmarschieren müssen, obwohl all dies mit der Sache der Volkskommissare in gar keinem Zusammenhang steht. Für den Gang des Prozesses ist es recht bezeichnend, daß zum Beispiel der Versuch, den Beweis zu erbringen, daß die Diktatur des Proletariats durch Gewalt errichtet wurde, vollkommen fehlschlug. Nacheinander erschienen der Polizeipräsident, die Vorsteher der Eisenbahnstationen, des Telegraphen- und Telephonamtes, die Kommandanten der Armee und alle führenden Funktionäre der öffentlichen Anstalten und erklärten, daß am 21. März nirgends Gewalt angewendet wurde, denn niemand unternahm den Versuch des Widerstandes. Die Errichtung der Diktatur geschah nicht nur vollkommen blutlos, sondern auch ohne Anwendung von Gewalt! Die Anklage lautet aber darauf, daß die Volkskommissare die Macht durch Anwendung von Gewalt an sich rissen.

Eigentlich mußte der Prozeß schon nach den bisherigen Ergebnissen niedergeschlagen werden; dem stehen aber die gegen die niederen Sowjetfunktionäre gefällten Urteile und Hinrichtungen entgegen. Das Gericht ist der Gefangene dieser Urteile, denn wenn die Untergebenen der Volkskommissare verurteilt wurden, dann würde der Freispruch der Volkskommissare oder die Niederschlagung des Prozesses alles bisherigen Urteile als das brandmarken, was sie sind: als Blut- und Schandurteile ohne irgendwelche rechtliche Grundlage. Dies darf nicht geschehen und so quält sich das Gericht mit diesem Prozeß vergebens ab.

In der ungarischen Oeffentlichkeit wurde übrigens dieser Prozeß der proletarischen Revolution von dem Prozeß der Oktoberrevolution, zu welchem sich die Verhandlung wegen der Erschießung des Grafen Tisza entwickelte, völlig in den Hintergrund gedrängt. Die Berichte über den Prozeß der Volkskommissare werden vollkommen entstellt und scharf zensuriert, so daß die Oeffentlichkeit gar nicht erfährt, worum es sich handelt und was in der Verhandlung vorgeht; über den Tiszaprozeß läßt die Regierung trotz dem Papiermangel einen stenographischen Bericht herstellen, der massenhaft kolportiert wird.

Nun sollen aber die Volkskommissare der Möglichkeit einer halbwegs ordentlichen Verteidigung beraubt werden. Die Horthysche Polizei entdeckte nämlich einen großen „Komplott“: auf einem von Budapest nach Wien abgehenden Dampfer wurde ein Schiffsoffizier verhaftet, der ein Paket nach Wien „schmuggeln“ wollte; in dem Paket wurden die stenographischen Berichte über den Prozeß aufgefunden und Briefe an den in Wien weilenden Volkskommissar Kunfi und an den Oberkommandanten der Roten Armee, Wilhelm Böhm, in welchen einer der Verteidiger, Dr. Michael Nagy, einen Bericht über den Prozeß erstattete und Geld für die Kosten des Prozesses von den genannten Genossen verlangte, denn die ungarische sozialdemokratische Partei hat bisher für die Unterstützung der Gefangenen und für den Rechtsschutz 1 700 000 Kronen verausgabt und hat nicht die Möglichkeit, die verhältnismäßig geringen Kosten dieses großen Prozesses aufzutreiben. Der Verteidiger Nagy mußte flüchten, die eingeleitete Untersuchung stellte fest, daß die Verteidiger bisher aus Wien 130 000 Kronen erhalten haben, was angesichts des Umstandes, daß neun Rechtsanwälte seit zwei Monaten tagtäglich der Verhandlung beiwohnen, eine große und lebensgefährliche Arbeit versehen müssen, ein außerordentlich niedriger Betrag ist, der nicht einmal ihre Barauslagen deckt.

Obwohl die Verteidiger erklärten, daß ihnen mitgeteilt wurde, daß dieser Geldbetrag aus den Sammlungen und Spenden der westeuropäischen Arbeiterparteien und der in den Vereinigten Staaten lebenden ungarischen Arbeitern stammt, wurde ein infames Kesseltreiben gegen sie begonnen, daß sie im „Dienste und Solde der Bolschewisten“ stehen und die Hasenherzigen von ihnen so eingeschüchtert, daß mehrere die Verteidigung niederlegten, die übrigen aber vom Gerichte und von den bürgerlichen und militärischen Terroristen dazu gezwungen werden. Der Organisator der Verteidigung, der Rechtsanwalt Michael Nagy, aber mußte die Flucht ergreifen, denn gelänge er in die Hände der Terroristen, möchten sie ihn bestimmt umbringen, obwohl er nichts anderes tat, als seine gesetzliche Verteidigerpflicht erfüllte.

Dieser Vorfall wird nun zur Folge haben, daß die Volkskommissare auch des sehr geringen und fragwürdigen Schutzes verlustig werden, den ihnen die bisherige Verteidigung angedeihen ließ und sie nun auf Gnade und Ungnade den Blutrichtern des Horthy ausgeliefert werden. Die gesteigerte Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats und ihre erhöhte Opferwilligkeit kann nur die in entsetzliche Lage geratenen ungarischen Revolutionäre vor dem äußersten schützen!

Betriebsräte

Betriebsrätezentrale Düsseldorf

Uns wird geschrieben: Die am 29. August in Elberfeld auf der Konferenz der Betriebsräte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks (Selbständige Organisation) gewählte provisorische Zentrale tagte am 9. September in Düsseldorf. Die Zentrale der selbständigen Betriebsräte hat sich nunmehr konstituiert und wird ihre Arbeiten sofort aufnehmen. Ein engerer Arbeitsausschuß aus acht Genossen der Städte Düsseldorf, Essen, Elberfeld-Barmen, Köln, Remscheid und Neuß wurde gewählt. Zum provisorischen Vorstand wurden die Genossen Braß-Remscheid als erster, Gen. Blömer-Düsseldorf als zweiter Vorsitzender, Gen. Stöwer-Düsseldorf als erster, Gen. Büren-Elberfeld als zweiter Schriftführer bestimmt. Die auf der Konferenz angenommenen Richtlinien mit den nötigen Erläuterungen werden in allernächster Zeit nochmals veröffentlicht.

Gewerkschaftliches

Die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie protestieren

Eine äußerst stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung von der Sektion 5 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes nahm Donnerstag zu den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie Stellung.

Der Sektionsleiter Fromke gab einen eingehenden Bericht über den bisherigen Gang der Verhandlungen und wies auf die Schwierigkeiten sowie Schwerfälligkeiten hin, die diese Verhandlungen begleiten. Wie schwer diese Verhandlungen geführt werden, gehe sehr deutlich daraus hervor, daß der Rahmenvertrag, der dem ersten Kollektivabkommen vom Jahre 1918 beigegeben war, bereits am 1. April 1919 zum 1. Oktober 1919 gekündigt worden ist; trotzdem seit der Kündigung bereits 1½ Jahre verflossen sind, sei bisher noch kein Ersatz geschaffen.

Auch der Lohn- und Eingruppierungsvertrag, den der Schiedsspruch vom 21. 8. und die Teilschiedssprüche vom 2. 11. 1919 bildet, sind ebenfalls am 15. März zum 30. April gekündigt worden.

Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages sind geführt worden, soweit sie die Eingruppierung betreffen. In zwei Sitzungen haben die Transportarbeitervertreter mit den Arbeitgebern verhandelt, die aber infolge der unüberbrückbaren Gegensätze zu keiner Verständigung führten. Die Eingruppierung der Transportarbeiter ist somit auch abermals von einem unparteiischen Schiedsgericht vorgenommen worden. Der gefällte Schiedsspruch trägt den Forderungen der Transportarbeiter sehr wenig Rechnung und läßt im großen und ganzen alles beim früheren Zustande. Die Transportarbeiter sehen sich genötigt, gegen die weiter bestehenden Ungerechtigkeiten den Kampf von neuem aufzunehmen.

Soweit ein neues Lohnabkommen in Betracht kommt, ist noch gar keine Stellung genommen worden. Die Arbeitgeber haben es bisher äußerst gut verstanden, sich um diese Frage herumzudrücken. Auch eine Anregung der Arbeitnehmer, bis zum Abschluß des neuen Lohnvertrages eine Teuerungszulage von 1 Mk. pro Stunde als Ausgleich zu zahlen, fand die Ablehnung der Arbeitgeber. Fromke wies bei dieser Gelegenheit auf die immer noch bestehende Teuerung hin und daß der Hinweis der Arbeitgeber auf die Verbilligung der Lebensmittelpreise unwahr sei.

Alle Diskussionsredner unterstützten die Ausführungen des Berichterstatters und wiesen ergänzend auf die verkürzte Arbeitszeit in vielen Betrieben hin, wodurch weitere Verschlechterungen eintreten und die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben werden.

Gegen solche Gebaren, wie sie gegenwärtig den Arbeitern zugemutet werden, müsse aufs schärfste protestiert werden.

Die Versammlung beschloß einstimmig, zu Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, eine Protestversammlung aller Transportarbeiter und Arbeiterinnen nach dem Gewerkschaftshaus, Engelufer 14-15, einzuberufen, in der Stellung zu den Vorgängen in der Metallindustrie zu nehmen ist. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß sich die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie ihrer Aufgabe bewußt sind, und hofft, daß diese Demonstration von allen auf das nachdrücklichste propagiert und unterstützt wird.

Die Uniformschneider fordern Betriebswerkstätten

Die Uniformlieferungs-Schneider beschäftigten sich in einer Versammlung mit der Tagesordnung: „Betriebswerkstätten, Berufs- und Tariffragen in der gegenwärtigen Zeit.“ Nach einem Referat und anschließender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die bei Schultz, Königsgraben, versammelten Kollegen und Kolleginnen der Lieferungsbranche erklären hiermit: „Wir sind davon überzeugt, daß die Art der Vergebung von Aufträgen nicht dem Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen entspricht. Wir fordern deshalb, daß die Behörden ihre Aufträge in eigene Regie übernehmen und daß sie zu diesem Zwecke Betriebswerkstätten einrichten unter vollständiger Ausschaltung des Privatkapitals und der Zwischenunternehmer. Wo bereits Betriebswerkstätten bestehen, sind dieselben unverzüglich auszubauen und zu Musterbetrieben zu gestalten.“

Im Schlußwort betonte der Referent, daß es nun mit der Annahme der Resolution nicht sein Bewenden haben solle, sondern jeder einzelne müsse in diesem Sinne wirken, um dem Ziele näher zu kommen und den Erfolg zu sichern.

Achtung, Bauarbeiter!

Die vom Bauarbeiterverband verausgabten Sammellisten für den Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses sind unverzüglich im Bureau des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Engelufer 15, Zimmer 53, abzuliefern. Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin.

Die Lederarbeiter und -Arbeiterinnen beschlossen in einer gut besuchten Versammlung die ablaufenden Tarife für die Weiß- und Lohleder-Branche zu kündigen und neue Lohnforderungen zu stellen. Die Versammlung beauftragte die Tarifkommission, die Forderungen beider Gruppen auszuarbeiten und den Kollegen zu unterbreiten. Den Bericht von der Gaukonferenz erstatteten die beiden Delegierten Burkhardt und Jäger, die den Kollegen empfahlen, für den Bezirkstarif einzutreten, da in der Provinz gegenwärtig bessere Löhne gezahlt werden als hier. Stundenlöhnen von 4,50—5,20 Mark in Berlin stehen solche von 6,00—7,00 Mark in der Provinz gegenüber. Die Versammlung beschloß, Schritte für den Abschluß eines Bezirkstarifes in die Wege zu leiten.

Groß-Berlin

Um Groß-Berlin

Der Kampf um den Magistrat geht mit unverminderter Heftigkeit fort. Wenn alle Stricke reißen, soll der Oberpräsident helfen, eine nette Illustration zur Selbstverwaltung der Gemeinde.

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl hat die Mitglieder der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung zu sechs Plenarsitzungen, die hintereinander stattfinden sollen, nach dem Berliner Rathaus eingeladen. Diese Versammlungen sollen nachmittags pünktlich um 4 Uhr beginnen und dürften von längerer Dauer sein, weil dreißig Magistratsmitglieder in getrennten Wahlgängen mit Stimmzetteln gewählt werden sollen. Die Versammlungen sind anberaumt auf Mittwoch, den 22., Donnerstag, den 23., Freitag, den 24., Sonnabend, den 25., Montag, den 27. und Dienstag, den 28. September.

Ueber die Stellung der demokratischen Fraktion der preußischen Landesversammlung zu den Anträgen weiß die „Vossische Zeitung“ folgendes mitzuteilen:

„Wie wir hören, hat die demokratische Fraktion der Landesversammlung sich heute in einer Fraktionssitzung neuerlich mit der Groß-Berliner Frage beschäftigt und beschlossen, den Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, die Inkraftsetzung des Gesetzes über Groß-Berlin auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, abzulehnen, ebenso die vorstehenden Anträge der Deutschen Volkspartei. Dagegen hat die demokratische Fraktion beschlossen, für den Antrag des Zentrums zu stimmen, der eine Absonderung der §§ 11 (unbesoldete Stadträte) und 23 (Wahl der Bürgermeister in den Bezirken durch die Bezirksvertretungen) verlangt. Die Zentrumsfraktion hat sich mit dem Antrag der Deutschnationalen bisher noch nicht beschäftigt.

Der 25. Wahlausschuß

In der gestrigen Sitzung des Wahlausschusses zur Vorbereitung der Magistratswahl von Berlin wurde zunächst ein Schreiben des Oberpräsidenten durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da

---

Das Pferdejuppchen

Erzählung von Paul Zech.

Als die Dämmerung schattenhaft über das Feld kroch, gingen sie zusammen nach Hause. Vor der Straßenbiegung drehte sich Juppchen noch einmal um und sog die verworrenen Geräusche vom Kirmesplatz wie einen schönen Geruch ein.

Gleich nach dem Abendessen fing man an sich auszuziehen. Hosen und Röcke flogen über die Stuhllehnen. Mutter holte den neuen blauen Leinenanzug für Juppchen aus der Kommode und legte ihn auf den Schemel vor dem Bett.

„Und nun fix in die Falle und morgen frisch aufgewacht!“ polterte der Vater.

Bald wurde es totenstill im Hause. Aus der Kammer und vom Boden herab, wo die Großmutter schlief, scholl schweres Schnarchen.

Draußen im Garten blieb graugrünes Dämmerlicht, bis der Mond vorüber war.

Juppchen wachte die halbe Nacht. Zauberte sich Pferdchen in allen Farben vor und wählte sich aus der Schar einen kleinen schlanken Silberschimmel aus. Darauf ritt er hurtig über Berg und Tal einer fremden Ferne zu und fühlte sich wachsen und wie einen glänzenden Ritter aus dem Märchenbuch. Und als die Uhr schlug, drei harte angezählte Schläge, fühlte Juppchen dieses wie einen Befehl über sich: zurückzukehren und auszuharren in der Bestimmung des Vaters.

So wollte er nun ohne Gedanken wachliegen und warten, bis die Mutter aufstand und das Feuer in der Küche schürte.

Aber seine Augenlider wurden so schwer und auf der weißen Wand des Zimmers fingerte ein blutroter Schatten. Hastig zog Juppchen die Decke über den Kopf.

Der Mutter schwere Holzpantoffeln, die über die Diele stampften und nach draußen gingen und wieder zurückkamen, rissen ihn wie ein heftiger Schreck empor. Er fuhr hastig in die Leinenhosen und ging breitbeinig an die Wasserleitung. Mit viel Umständlichkeit wusch er sich Brust, Nacken und Hals, so wie er es beim Vater gesehen hatte. Danach setzte er sich wartend an den Tisch.

Da kam auch schon der Vater aus der Kammer. Schaute schlaftrunken drein und blieb gähnend vor dem Herd stehen.

Die Mutter stellte den Kaffee auf den Tisch und schnitt das Brot zurecht, das Vater und Juppchen mitnehmen sollten auf die Grube.

Juppchen trank hastig den Kaffee und vervollständigte seinen Anzug. Ein Schauer der Erwartung fröstelte über sein schmales Gesicht und färbte die Lippen blau.

Der Vater nahm ihn beim Arm und zog ihn hinaus in den kühlen Morgen.

II.

Ueber den roten Lehmweg zog schon ein langer schwarzer Zug von Fronleuten der Grube zu. Man ging wie über einen Feuerwerkplatz. Die kleinen Häuser an der Straße warfen große, braunblaue Vierecke auf den geölten Weg. Das Geräusch der Seiltürme flog gewitternd über die krausen Netze des Rauches. Rußschwärme jagten wirbelnd durcheinander. Töne von menschlichen Stimmen: Ein Zusammengeworfenes, dumpfes melodisches Summen wie von Insekten zerrissen in der Orgie der materiellen Brandung. Klangen nur in Pausen nach wie gedunsene Halle eines Echos. Waren Endungen eines Spieles, das Seele verlor.

Im Schein der wattigen Lampenhelle, die kaum die Giebel berührte, wanderten alle Menschen krumm, wie vergreist. Sie schienen nichts mehr wissen zu wollen und träumten ihre Wege hinab. Erde zitterte ihren Hälsen zu und mühte sich, die eckigen durchgearbeiteten Schädel zu halten. In den Köpfen waren allein nur Kerne noch wach. Alles, was diese Kerne umhüllte, war ein trunkener Mechanismus. Eine Welle regelte ihn. Ein Magnetismus, der von einer außerordentlich organisierten Zentrale herkam: zu regieren und zu profanieren.

Und eines dieser Tore gähnte gefräßig und sog die Menschen, die waren, mühelos hinein.

Lange Arme ruderten, Gesichter sprangen weiß vor. Knochige Hände griffen Zahlen an. Gewirr von Lampen flog auf. Signalglocken überschrien den Steiger, der vielerlei Namen gleichgültig aufrief. Und die Namen bejahten halbgemurmelt die Aufrufe. Dann und wann schnellte eine Hand empor: wie, wenn Kinder Schulweisheiten auskramen. Eine Hand, die kühle Gefühle spürte. Wäre ein Wille darüber gelegen, hätte sie zugestoßen. Spitz und blank. Und wäre warm geworden in Röte.

Die Menschen aber wanderten in die Kaue. Das war ein kalkweißer Saal zu ebener Erde. Lange Steintröge mit fließendem Wasser flankierten die Wände. Von der Decke baumelte in gedrehten Wirbeln das verschwärzte Blau der Arbeitsanzüge.

Man zog sich um. Die Luft stank von Schweiß und verschwitzter Unterkleidung. Dann standen Akte, blanke Bronzen.

Tatzenbreite Klauen klatschten zum Spaß auf muskulöse Schultern. Krampfadern standen geschwollen auf Fleischklumpen der Oberarme und Unterschenkel. Geschlechtliches lag dumpfverkrochen in den Höhlen. Nur das gewohnte Werfen mit Zoten, das gering und automatenhaft war, täuschte Springlebendigkeit vor.

Die Glocke ratterte wieder. Und ein Blöken schwoll wie Gedränge von Schafen im engen Stall. Hitzige Geräusche aus den Kehlen hatten aber kein Medium zu durchdringen.

Juppchen stand mit hochroten Wangen und klopfenden Herzens da. Etwas in ihm, das lange geschwiegen hatte, jubelte auf.

Der Vater aber sagte plötzlich ganz barsch: „Marsch! hallo!“ Und übergab den Jungen dem Schreiber und entfernte sich mit einem gleichgültigen „Glück auf!“

Mit fünf anderen Burschen, die schon länger auf der Grube waren, wurde Juppchen in den Förderkorb geschoben. Dann ging es hinunter. Dreihundert Meter tief.

Juppchen fühlte, wie sich alles in seinem Leib im Kreisel drehte und nach oben stieg. Sein Mund wässerte sauer, und seine Nase begann zu bluten.

Da hielt der Korb mit einem heftigen Stoß. Die Burschen zerrten Juppchen heraus und stießen ihn durch den Querschacht zur Pferdehalle.

Warmer Stallgeruch kam aus dem niedrigen Saal. An fünfzig Pferde standen da in Reih und Glied vor den langen Zementkrippen. Von der schwarzen glimmernden Decke baumelten lange Lichterreihen und der weiße Strahlengischt schäumte in die entlegensten Ecken.

Ein Halbinvalide führte die Aufsicht über den Stall. Juppchen reichte ihm den Schein, den er vom Schreiber erhalten hatte, und bekam darauf seinen Platz angewiesen. Ein älterer Bursche mußte ihn mit der Handhabung von Striegel und Bürste bekanntmachen und ihm das Füttern zeigen.

Juppchen paßte mit hellen Augen auf und begriff sehr schnell. Er fühlte sich jetzt dem Willen des Vaters überlegen und triumphierte innerlich.

(Schluß folgt.)

dasselbe eine private Meinungsäußerung des Oberpräsidenten enthielt. Der Wahlausschuß hatte in seinen bisherigen Sitzungen Stellung genommen zur Wahl der Fachstadträte und beschäftigte sich gestern mit der Wahl der verbleibenden 20 Magistratsmitglieder.

Vorgeschlagen wurden von der SPD. die Herren: Dr. Löhning, Dr. Simonsohn, Karl Koblenzer, Hugo Pötsch, Wilhelm Ahrens, Emil Wutzki, Kohl, Frau Gronsky.

Von der USPD. die Herren: Otto Gäbel, W. Schöning, Karl Leid, Frau Dr. Weyl, Emonts, Hermann Radke, August Hinze, Hermann Ranke, Paul Brühl, Georg Stolt, Max Peters und Herrmann Weise.

Nach der Bekanntgabe der Vorschläge der beiden sozialistischen Parteien verließen bis auf die Demokraten die bürgerlichen Parteien den Sitzungssaal. Die Herren Dr. Löhning, Dr. Simonsohn, Koblenzer, Pötsch, Ahrens, Wutzki, Frau Gronsky, Leid, Frau Dr. Weyl, Hinze und Weise wurden mit allen Stimmen, die übrigen Kandidaten mit den Stimmen der beiden sozialistischen Parteien bei Stimmenenthaltung der demokratischen Vertreter gewählt.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Sonnabend 10 Uhr vormittags, Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses in der Schicklerstraße 5-6.

Neue städtische Anleihe. Der Magistrat hat soeben der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage auf Genehmigung einer Anleihe in Höhe von 396 Millionen Mark zugehen lassen. Diese Anleihe soll zur vorläufigen Begleichung des nach § 59 des Landessteuergesetzes vom Reiche der Stadtgemeinde Berlin geschuldeten Betrages für Familienunterstützungen und sonstige Kriegswohlfahrtsausgaben dienen und wird in Gestalt von Schuldverschreibungen auf den Inhaber mit vierprozentiger Verzinsung herausgebracht. Die Schuldverschreibungen sollen auf 10 000, 5 000, 2 000, 1 000, 500, 200 und 100 Mark lauten.

Drohende Schließung von Rettungsstellen. Der Verein der Aerzte des Groß-Berliner Rettungswesens hat sich in seiner Sitzung am 15. September mit der beabsichtigten Schließung der Rettungsstellen in der Adalbertstraße, Eichendorffstraße und Koppenstraße beschäftigt, und in einer an den Verbandsausschuß gerichteten Erklärung im Interesse des hilfesuchenden Publikums entschieden Einspruch gegen die Schließung erhoben. Der Verein sieht in dieser eine große Schädigung des Publikums, das durch die weiten Wege zur Rettungsstelle an der Aufsuchung ärztlicher Nothilfe verhindert wird. Namentlich in der Nachtzeit, in der die Straßenbahnverbindungen aufhören, wird es der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung fast unmöglich gemacht, bei plötzlichen Erkrankungen und Unglücksfällen den Arzt der Rettungsstelle schnell herbeizurufen, da der Fernsprecher zu dieser Zeit nur der wohlhabenden Bevölkerung zur Verfügung steht.

Keine Stillegung der Fernsprechämter Rheingau und Westend. Durch die Berliner Presse ging die Nachricht, daß die Fernsprechämter Rheingau und Westend von einer Stillegung bedroht seien, da sich in ihnen Teile von belgischen Fernsprechvermittlungseinrichtungen befinden, die von der belgischen Regierung zurückgefordert und nun aus dem Betriebe wieder herausgenommen werden müßten. Wie nun das Wolff-Bureau meldet, kann von einer unabsehbaren Einschränkung des Berliner Fernsprechverkehrs keine Rede sein. Das offiziöse Bureau versichert, daß selbst für den Fall einer Auslieferung der Apparateteile an die belgische Regierung alle Möglichkeiten erwogen und die Wege festgelegt sind, wie die Frage technisch ohne Benachteiligung der Teilnehmer zu lösen sein wird.

Große Aufregung, so wird uns geschrieben, verursachte am Mittwoch abend gegen 6 Uhr auf dem Bahnhof Warschauer Brücke die Fahrlässigkeit eines jugendlichen Sicherheitsbeamten. Mit scharfgeladenem und ungesichertem Karabiner stolzierte er auf dem Bahnsteig umher. Plötzlich krachte ein Schuß, glücklicherweise ohne jemand zu verwunden. Ist es schon verurteilenswert, daß die Sicherheitsbeamten ein Gewehr in die Hand bekommen, um damit den Schutz des Publikums zu sichern, so ist es einfach ein Skandal sondergleichen, auf verkehrsreichen Bahnhöfen unter Menschenmassen mit scharfgeladenen Flinten herumzuspazieren. Wer garantiert dafür, daß solche Fahrlässigkeit nicht wieder vorkommt? Was sagt die Eisenbahndirektion zu diesen Gefährdungen ihres reisenden Publikums?

Elternbeiratswahl. Sonntag, den 19. d. Mts., finden in der Städtischen Mädchenmittelschule, Minna-Cauer-Schule, Ritterstraße 4-5, die Elternbeiratswahlen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr in der Turnhalle statt. Aufgestellt sind 2 Listen, die christlichunpolitische und die Liste für die weltliche Schule, welche mit dem Namen „Henning" anfängt.

Die proletarische Hilfsaktion. Der schweizerische Schulverein wandte sich an die Kinderschutz-Kommission um Verschickung von 200 Arbeiterkindern (Inhaftierten und Arbeitslosen). Der Transport wurde im Sinne unserer schweizer Freunde von der Kinderschutz-Kommission in geschickter Weise erledigt. Und musterhafte Ordnung herrschte, trotz 4 Begleitpersonen bei den 200 Kindern. Kein Paket fehlte, zur Freude der Eltern und Kinder. Als die Kinderschutz-Kommission, dem Wunsche der norwegischen Freunde entsprechend, mit diesen Verbindungen anknüpfte zwecks Verschickung von 1000 Kindern der USPD. und KPD. nach dort, erschienen im Jugendamt Kriminalbeamte, die sich über das Treiben der Kinderschutz-Kommission zu informieren versuchten. Es ist also anscheinend verboten, für USPD.- und KPD.-Kinder zu sorgen.

Heimkehr der Lichtenberger Kinder vom Landaufenthalt. Die Rückbeförderung der vom städtischen Wohlfahrtsamt zum Landaufenthalt entsandten Lichtenberger Kinder soll in Begleitung von Lehrpersonen wie folgt stattfinden: 1. Kinder aus Ostpreußen am Donnerstag, den 30. September, 2. aus den Kreisen Ostprignitz am 6. Oktober und Greifenhagen am 8. Oktober; 3. aus den Kreisen Ruppin und Weststernberg am Freitag, den 8., und Sonnabend, den 9. Oktober 1920. Nähere Mitteilung geht den Landgemeinden und den Eltern zu. Soweit einzelne Kinder im Einvernehmen mit den Pflegeeltern noch länger auf dem Lande bleiben sollen, ist dem Wohlfahrtsamt baldigst Mitteilung zu machen. Die Beförderung erfolgt zum 4. Teil des Fahrpreises der 4. Klasse in der 3. Wagenklasse. Es ist Aufgabe der Eltern, ihre Kinder mit dem notwendigen Reisegeld auszustatten. Eine persönliche Rückmeldung der im Transport zurückkehrenden Kinder beim Wohlfahrtsamt ist nicht erforderlich; Lebensmittelkarten können vielmehr bei der Ausgabestelle in der Schule, Scharnweberstraße, unter Vorlage des Stadtkinder-Ausweises ohne weiteres in Empfang genommen werden.

Die gewesenen politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich am Montag, den 20., abends 7 Uhr in dem Lokal Mauteufelstr. 72 (Baar). Bericht des Ausschusses über den Stand der Verhandlung mit der Regierung usw. Jeder Genosse muß im eigenen Interesse erscheinen. Entsprechende Ausweise sind mitzubringen. Der Ausschuß.

Die Zirkus-Saison eröffnet. Der bekannte Zirkus Stosch-Sarrasani wird am 25. September sein Engagement im Zirkus Busch mit seinem gesamten Tiermaterial und seiner mehrhundertköpfigen Künstlerschar antreten.

Ein Sommerfest im Berliner Prater, Kastanien-Allee, veranstalten die Genossen des 12. und 13. Distriktes am kommenden Sonntag. Anfang nachmittags 4 Uhr. Einlaß 3 Uhr. Da das Programm ein gutes ist, wird den Genossen der Besuch empfohlen. Außer dem „Neuen Tonkünstler-Orchester" sind der Gesangverein „Norden" und „Neu Erwacht" sowie der Turnverein „Fichte" zur Mitwirkung gewonnen worden.

Aus den Organisationen

4. Distrikt. Abteilungsführer haben zwecks Information am Sonnabend um 6 Uhr bei Helmut zu erscheinen.

7. Distrikt. Die Teilnehmer zu dem am 19. September stattfindenden Ball im Botanischen Garten treffen sich früh ½9 Uhr, Platz vor der Normaluhr, Warschauer-, Ecke Revaler Straße. Von da an mit der Stadtbahn nach Schöneberg, dann zu Fuß nach Dahlem.

7. Distrikt. Billette zu dem am Sonntag, den 26. 9., in der Stadthalle stattfindenden künstlerischen Vortragsabend sind noch bei allen Funktionären zu haben.

8. Distrikt. Heute abend, 7 Uhr, bei Rettschlag, Schreinerstraße, außerordentliche Konferenz aller Kommissionsmitglieder und Funktionäre. Politische Lage. Mitgliedsbuch legitimiert. Wer länger als drei Monate rückständig ist, kein Zutritt. — Sonntag, morgens 8 Uhr, gemeinsamer politischer Spaziergang. Treffpunkt: Boltenplatz, Normaluhr, Landagitation. Alle Distriktsgenossen werden aufgefordert daran teilzunehmen.

8. Distrikt. Sängerchor, heute abend 8 Uhr, nach Schluß der Funktionärkonferenz, wichtige Besprechung, bei Rettschlag, Schreinerstraße.

9. Distrikt. Räte und Gewerkschaftskommissionen. Heute abend, 7 Uhr, Sitzung bei Tegge, Köhow-, Ecke Wollenberger Straße.

11. Distrikt. Am Sonnabend abend kann der Vortrag des Genossen Steinitz nicht stattfinden.

11. Distrikt. Am Dienstag, den 21. 9., abends 7 Uhr, kommunale Kommission und Schulobleute. Zusammenkunft bei Deuschner, Ackerstr. 110. Vortrag über „Gesundheitswesen".

12. Distrikt. Sämtliche Abteilungs- und Bezirksführer, heute, Sonnabend, den 18. d. Mts., um ½6 Uhr, bei Hofmann, Lochener Straße 8, kurze Besprechung.

13. Distrikt. Alle Funktionäre erscheinen heute abend, pünktlich 6 Uhr, bei Hübner, Gaudstr. 16. Niemand darf fehlen.

13. Distrikt. Sonntag abend, 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Petermann, Hannoverscher Str. 15. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig.

17. Distrikt. Die in dem Versammlungsbericht der Dienstag-Morgenausgabe enthaltene Angabe, daß die Fortsetzung der Mitgliederversammlung am kommenden Sonntag stattfindet, ist eine irrige. Die Fortsetzung der Versammlung findet statt am Sonntag, den 26. September, vormittags 9 Uhr, in den Pharusälen. — Am Mittwoch, 22. September, Extrazahlabend in sämtlichen Bezirken des Distrikts. Tagesordnung: „Diskussion über die 3. Internationale."

18. Distrikt. Montag, den 20. d. Mts., 2. Abteilung, Zechliner Straße, Schulaula. 3. Abteilung, Christianiastraße 6, Schulaula. 1. Abteilung, Dienstag, den 21. d. Mts., Pank, Ecke Wilhelmstraße. Beginn 7 Uhr.

Treptow-Baumschulenweg. Am Sonntag, vorm., pünktlich um ½10 Uhr, treffen sich sämtliche Funktionäre, einschließlich des Vorstandes, an der Pumpstation, zur Besichtigung der Pumpstation, des Krematoriums und der anderen kommunalen Einrichtungen der Gemeinde. Es ist Pflicht aller Funktionäre, an der Besichtigung teilzunehmen. Es findet eine genaue Erklärung aller Einrichtungen statt.

Lichtenberg. Montag, 7 Uhr, Vorstandssitzung, bei Schulz, Scharnweberstr. — Dienstag, 7 Uhr, in der Aula, Parkaue, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Aussprache über die Bedingungen der Moskau." Mitgliedsbuch legitimiert. Wer mit den Beiträgen länger als 3 Monate im Rückstand ist, hat keinen Zutritt.

Adlershof. Montag, 7½ Uhr, Sitzung der Frauenarbeitskommission bei Bischin, Gedenkstr. 3.

Oberschöneweide. Sonntag, 10 Uhr, Sitzung der Beisitzer des Mieteinigungsamtes und der Mitglieder der Wohnungskommission, bei Imberg.

Rüdigendorf, Zepernick und Umgegend. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, im Lokal von Marx, Rüdigendorf, Bärwaldstraße, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent Genosse Brühl. 2. Die Bedeutung des Kreistages.

Vereinskalender

Deutscher Werkmeister-Verband. Sämtliche Werkmeister in der Mühlenindustrie versammeln sich Montag, nachm. 5 Uhr, im Bureau, Stralauer Str. 56, 1 Tr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion 5, Industriearbeiter. Sonntag, 9½ Uhr, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engelufer, große Protestversammlung aller Packer, Lager- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen aus sämtlichen Betrieben der Groß-Berliner Metallindustrie. Mitgliedsbuch dient als Legitimation. — Betriebsräte und Obleute der Sektion 5, Industriearbeiter, Montag, 6½ Uhr, bei Karns, Belfastr. 37, wichtige Konferenz. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen ist vollzähliges Erscheinen notwendig. Legitimationskarte und Verbandsbuch dienen als Ausweis.

Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter. Vollversammlung Montag, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Vortrag des Genossen Bollmerhaus über „Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften".

Verband sozialistischer Lehrer. Heute abend, 7 Uhr, Vollsitzung, Hinter der Garnisonkirche. Wichtige Entschließung.

Arbeiter-Segelklub „Fraternitas". Heute abend, 8½ Uhr, Sitzung im Klubhaus, Rüdgendorf, Marienstr. 60.

Kommission für Landesschulgesetzgebung. Sitzung am Montag fällt aus.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Am 1. Oktober erscheint, herausgegeben von
Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker
eine neue politische Zeitschrift, die
Kommunistische Rundschau
Bekannte Genossen des In- und Auslandes haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Aufgabe der Zeitschrift soll es sein, vom revolutionären marxistischen Standpunkt aus, zu allen das internationale Proletariat bewegende Fragen, Stellung zu nehmen.
Sie erscheint zunächst alle 14 Tage, später jede Woche. Das Heft umfaßt 16 bis 32 Seiten und kostet im Verkauf 1 Mark.
Bestellungen b. allen Postanst. (14. Nachtr.) u. Parteibuchhdlg. od. an
Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstr. 10
Anfragen usw. an die gleiche Adresse.

Möbel
Bar oder Teilzahlung
b. kleinst. An- u. Abzahlung zu bedeut. herabgesetzt. Preis.
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Farbige Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Möbel
viel billiger,
reichh. Auswahl i. Speisezimm., Herrenzimm., Schlafzimmern, farbigen Küchen. Einzelmöbel in jeder Ausführung. Auf Wunsch kleinste An- und Abzahlung. Lagerbesuch erbeten und lohnend
Möbel-Frese,
Berlin N 54, Weinbergsweg 1, Rosenthalerplatz.

Aktuell! Zeitgemäß!
Die Internationale
Vom Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution
von
Artur Crispien
— Preis 2.— Mark —
Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch jeden Zeitungsspediteur oder direkt von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Abt. Buchhandel, Berlin C 2, Breite Strasse 8-9.

Trauringe
Dukatengold 900 gest. Stück 180.—
14 kar. Gold 585 gest.
8 kar. Gold 333 gest.
stets vorrätig am Lager
Einkauf von
Gold
Silber
Brillanten
Platin
Zahle die höchsten Preise
MINOGA
Berlin O., Grüner Weg 69
Tel.: Mag. 2430

Möbel
gegen bar u. Teilzahlung Herabgesetzte Preise
kleinste An- und Abzahlung
Landwehr,
Müllerstr. 7 (Wedding)

Zahle für Kupfer ohne Abzug kg 13.—
„ Rotguß ohne Abzug kg 12.—
„ Vollmessing kg 6.—
Tasche, Belle-Alliance-Str. 98

Klempner und Installateure
Linienstr. 215
Rheinsberger Str. 52
Fischerstr. 9
Mehnerstr. 20
Prenzlauer Str. 56
Pallisadenstr. 96
Halmarktstr. 10
Friedrichsfelder Str. 4
Am Schlesischen Bahnh. 3
Müncheberger Str. 34
Tilsiter Str. 33
Pintschstr. 21
Pöwestr. 11
Weidenweg 5

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 „ 105 „ „
333 „ 65 „ „
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist ingenios aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C 19, Seydelstraße 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Kupfer . per kg 15.—
Rotguß . . . 13.—
Messing . . . 7.—
Blei 4.20
zahlt
Wiemer, Pulsnitzer Str. 30, 1
nahe Bahnhof Gesundbrunnen
und
Tütel, Schivelbeiner Str. 5
am Ringbhf. Schönhaus. Allee.

Kupfer . . 14.50
Messing 7.00
Blei, Zink 3.50
Quecksilber 75.00
Zinn 35.00
Aluminium 9.50
Rotguß 13.00
Lothringer Straße 48
am Rosenthaler Platz
Bernauer Straße 98

Verkäuferinnen
für
Kinder- u. Backfisch-Konfektion
sofort gesucht.
Meldungen von 11—12 Uhr vorm.
Hauptmann des Westens
G. m. b. H.
BERLIN W 50
Tauentzienstr. 21-24.

Möbel
Bar oder Kredit
mit kleinster An- und Abzahlung liefert an jedermann, auch auswärts
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Tätowierung
entf. garantiert ob. Stich. Schneid. in wenig. Tag. Spr. 10-12, 3-7. Sog. 10-1. (Mittw. geschl.) Kilschke, Charitéstr. Kantstr. 50. hochp.

Raucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst
Institut Englbrecht
München K. 21, Kaiserstr. 5.

Wir kaufen
und zahlen sehr hohe Preise für
Kupfer, Blei, Zink, Messing
Stanniol, Zinnfolie,
Quecksilber,
Aluminium, Celluloid,
Metallabfälle
Platin, Gold, Silber,
PETERS
Prenzlauerstr. 24
MÜBUS
Waldstraße 3
G. ERMEL
Gubenerstr. 59
DEGENER
Schöneberg, Bahnstraße 46
HAASE
Skalitzerstr. 93a
Ecke Lausitzer Platz
BOELKE
Rammlerstr. 10

Zinn bis 42.— Lötzinn, Weißmetall b. 27.— Blei 4.—
Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 150.—!
Salpetersaures Silber!
Zahngebisse, Zahn bis 100.—!
Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle! Höchste Tagespreise! Edelmetall-Einkaufsbüro Webersstr. 31

Kupfer 15.—
Rotguß 12.50
Messing 6.70
Blei 4.—
Zinn bis 38.—
Weißmetall b. 25.—
zahlt
Wiemer
Pascalstrasse 3
und Helmholtzstr. 11, 1, beides an der Gotzkowskybrücke.

Kupfer 15.50
Rotguß . . . 13.25
Messing . . . 7.25
Blei, Zink . 3.50
Metallverwertung
Weißenburger Straße 11
Köpenicker Straße 121
Reinickendorfer Str. 107
Gipsstraße 10
Lothringer Straße 47
Schlosserei
(Humboldt 3392)

Altmetalle
Zinn
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
weit über Tagespreis
nur 3 Einkaufsstellen
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48

Wir zahlen beim Verkauf von
Kupfer . . per kg 15.—
Messing . . . . 7.—
Gollnowstr. 5, Hof.

Kupfer . . p. kg 15.—
Rotguß . . . . 13.—
Messing . . . . 7.—
Blei, Zink . . . 4.—
Pintschstr. 19
am Petersburger Platz.

Höchste Preise
für Zinn, Quecksilber, sowie sämtliche Altmetalle
Neue Hochstraße 38.

Messing, Kupfer,
Blei, Zink, Zinn,
Weißmetall
allerhöchste Tagespreise
Neukölln, Kirchhoffstr. 32.

Die Neukölner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft
Kupfer, Messing, Blei, Zink.

Quecksilber, Zinn, Kupfer, Rotguß, Messing, Aluminium, Blei, Zink
Metall-Ankauf Charlottenbg. Walstr. 53. Tel. Wilh. 1871.

Altmetalle
Quecksilber, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen
Weidenweg 72.

FREIE WELT
Heft 35
Der internat. Jugendtag in Berlin
Karikaturen von Arbeitern
Nationale Hetze und internationale Solidarität
Preis des Heftes 60 Pfg.

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
Geestemünder Fischhalle Steglitz
Albrechtstr. 131, Ecke Düppelstr.

Storm-Bücherei
enthaltend die Romane
Viola tricolor
Ein stiller Musikant
Waldwinkel
Beim Vetter Christian
Im Nachbarhause links
Psyche
Pole Poppenspäler
(4 Bände in elegantem Karton)
10 Mark
Zu beziehen durch
Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2
Breite Strasse 8-9